

## Dokumentation

LOTHAR GRUCHMANN

### EIN UNBEQUEMER AMTSRICHTER IM DRITTEN REICH

Aus den Personalakten des Dr. Lothar Kreyßig

Wenn das Funktionieren der Justiz im Dienste des nationalsozialistischen Regimes verschiedentlich mit der Vorliebe der damaligen Staatsanwälte und Richter für Staatsautorität, mit ihren moralischen Defiziten und fehlender Zivilcourage erklärt wird<sup>1</sup>, so besaß jedenfalls der Brandenburger Amtsgerichtsrat Dr. Lothar Kreyßig diese verhängnisvollen Eigenschaften nicht. Als ein Mann, der seine Pflichten als Christ über seine Pflichten als Beamter und die Forderungen des totalen Staates stellte, schließlich um seine Entlassung aus dem Richteramt nachsuchte und nach Vernehmungen durch die Geheime Staatspolizei und einem Untersuchungsverfahren aufgrund des Deutschen Beamtengesetzes vom Januar 1937 vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurde, gehört er zu den wenigen nachweisbaren Justizbeamten, die im Dritten Reich um ihrer moralischen Integrität willen auf ihr Amt verzichteten. Kreyßigs Schicksal spiegelt sich in seiner Personalakte wider, die mit seiner Zustimmung vom Bundesjustizministerium der Forschung zur Verfügung gestellt wurde<sup>2</sup> und aus der im folgenden einige Dokumente wiedergegeben werden.

In der sozialen Herkunft und seinem persönlichen und beruflichen Werdegang unterschied sich Kreyßig in keiner Weise von den meisten seiner Standesgenossen dieser Generation: der 1898 Geborene entstammte einem gut bürgerlichen Hause, nahm nach bestandenen Notabitur ab 1917 als Frontkämpfer am Ersten Weltkrieg teil, wurde mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet, war zuletzt Unteroffizier und blieb vom Januar 1919 Angehöriger des „Zeitfreiwilligenregiments Leipzig“ bis zur generellen Auflösung dieser Ersatzorganisationen der Reichswehr im August 1924. Kreyßig begann sein juristisches Studium im Jahre 1919, legte 1922 die Referendarprüfung ab, promovierte im folgenden Jahr und bestand 1924 das Assessorexamen mit dem Prädikat „gut“. Nach kurzer Tätigkeit als Rechtsanwalt in Chemnitz wurde er Gerichtsassessor beim Amtsgericht Augustusburg, 1928 beim Landgericht

<sup>1</sup> So R. Wassermann, *Ist Bonn doch Weimar? Zur Entwicklung der Justiz nach 1945*, Neuwied u. Darmstadt 1983, S. 9.

<sup>2</sup> Die Personalakte wurde dem IfZ im März 1983 dankenswerterweise von Herrn Ministerialdirigenten im BJM Harald Kirchner übergeben. Sie wird im Arch. des IfZ unter der Sign. F 137 verwahrt. Herr Jochen Kreyßig hatte Teile der Akte dem Verf. freundlicherweise schon einmal 1969 zur vertraulichen Einsichtnahme für eine Untersuchung über die Euthanasie zur Verfügung gestellt.

Chemnitz, wo er im Mai 1928 zum Landgerichtsrat ernannt wurde. Diesen Posten behielt er auch nach der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen, die sich den neuen politischen Verhältnissen aus mehr oder weniger echter Überzeugung durch Eintritt in die NSDAP anpaßten, wurde Kreyßig kein „Märzgefallener“: seine Anpassung beschränkte sich 1933 auf den Beitritt zur NS-Volkswohlfahrt (NSV). Seit 1926 dem Verein Sächsischer Richter und Staatsanwälte bis zu dessen Auflösung angehörend, trat er 1934 der einzigen verbliebenen Standesorganisation, dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ), bei und wurde als richterlicher Justizbeamter damit automatisch Mitglied des gleichfalls von der Partei betreuten Reichsbundes der Deutschen Beamten (RDB), ohne sich jedoch in beiden Organisationen aktiv zu betätigen. Im Jahre 1936 legte er sein Bekenntnis zur „Volksgemeinschaft“ durch den Eintritt in zwei weitere, politisch „harmlose“ Verbände ab: den Reichsluftschutzbund (RLB) und den Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA).

Kreyßig war ein Jurist mit ausgezeichneten beruflichen Qualitäten. In einer Beurteilung vom Jahre 1935 schrieb sein Landgerichtspräsident, er sei ein „sehr befähigter Richter mit umfassenden Kenntnissen und Interessen. Gleich guter Zivil- und Strafrichter. Sehr gute Leistungen. Eignet sich für selbständige Stellung. Einwandfreie Führung“<sup>3</sup>. Der Oberlandesgerichtspräsident von Dresden fügte der guten fachlichen noch eine charakterliche Beurteilung an: Kreyßig sei ein „offener, ehrenhafter Charakter; sehr verantwortungsbewußt u. gewissenhaft; vertritt mannhaft seine Meinung gegenüber jedermann“. Was die politische Führung anging, mußte der Oberlandesgerichtspräsident jedoch eine erhebliche Portion Wasser in den Wein gießen. Kreyßigs „politische Zuverlässigkeit [sei] wegen seines Hervortretens im Kirchenstreit zweifelhaft“, seine Führung habe „seit dem Frühjahr 1934 insofern zu Beanstandungen Anlaß gegeben, als er in seiner Eigenschaft als Mitglied der Bekenntnisgemeinschaft der ev. luth. Kirche stark in der Öffentlichkeit hervorgetreten“ sei<sup>4</sup>.

In der Tat hatte Kreyßig, der innerhalb dieser Gemeinschaft Vorsitzender des Orts- und Kreisbruderrats in der Ephorie seiner Geburts- und Heimatstadt Flöha (Sachsen) war, in kirchlichen Versammlungen die nationalsozialistische Führung wegen ihrer Haltung im evangelischen Kirchenstreit angegriffen (Beispiel: Dokument 1). Wegen dieser Äußerungen hatte der Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen, Martin Mutschmann, schon im März 1935 von der Justizverwaltung die Entlassung Kreyßigs aufgrund des Berufsbeamtengesetzes vom April 1933 gefordert (Dokument 2). Die daraufhin vom Oberlandesgerichtspräsidenten Dresden im Auftrage des Reichsjustizministeriums und unter Heranziehung der Ermittlungsakten der Gestapo vorgenommene Untersuchung verzögerte sich, weil sich Kreyßig bei einem Urlaub in Wangerooge eine schwere Blutvergiftung zugezogen hatte und mehrere Wochen im Wilhelmshavener Krankenhaus lag<sup>5</sup>. Der Bericht, den der Oberlandesgerichtspräsi-

<sup>3</sup> Eintragung in den Personalbogen (Personalakten a. a. O.).

<sup>4</sup> Eintragung des OLGPräs. v. 16. 11. 35 (a. a. O.).

<sup>5</sup> Vgl. Zwischenbericht des OLGPräs. Dresden an das RJM v. 28. 8. 35 (Personalakten a. a. O., Bl. 5).

dent schließlich Mitte Oktober 1935 dem Reichsjustizministerium einreichte (Dokument 3), ergab, daß Kreyßig – der unterdessen die Sächsische Synode der Bekennenden Kirche als Präses leitete – schon bei früheren Gelegenheiten keinen Hehl aus seiner ablehnenden Einstellung gegenüber dem Regime gemacht hatte. So hatte er am 1. Mai 1933 während einer Feier, die die Fachschaft Justiz des RDB abhielt, vor der Enthüllung eines Führerbildes den Saal verlassen, weil er sich durch die Ausführungen des Parteiredners brüskiert gefühlt hatte. Der Fachschaftsredner – ein Amtsgerichtsdirektor im sächsischen Justizministerium, der unterdessen im Zuge der „Verreichlichung“ der Justizverwaltung ans Reichsjustizministerium versetzt worden war – stritt jedoch in seinem in mehrfacher Hinsicht aufschlußreichen Bericht an den Leiter der Personalabteilung (Dokument 4) ab, die Chemnitzer Juristen wegen ihrer „reaktionären“ Haltung in beleidigender Form angegriffen zu haben. Der Untersuchungsbericht des Oberlandesgerichtspräsidenten förderte ferner zutage, daß Kreyßig den Schulungsabenden der Fachschaft ferngeblieben war, da er nach seinen Worten dort „den Geist der Unduldsamkeit, der Überheblichkeit und des persönlichen Geltungsbedürfnisses“ gespürt habe. Als ihm im April 1934 ein Rundschreiben des RDB wegen mangelnder Beteiligung der Behördenangehörigen an einer Veranstaltung in Zwickau zugestellt wurde, ließ er es mit dem Vermerk zurückgehen, er gehöre dem RDB nicht an; wenn ihm „trotzdem an die Mitglieder gerichtete Zuschriften dieses Inhalts und Tones auf den Arbeitsplatz“ gelegt würden, so werde damit nur erreicht, daß er sie „das nächste Mal ungelesen in den Papierkorb werfe“. Dabei war Kreyßig zu diesem Zeitpunkt offenbar gutgläubig der Meinung, mit dem RDB nichts zu schaffen zu haben, da er die interne Regelung vom Februar über die automatische Mitgliedschaft bestimmter Kategorien von BNSDJ-Angehörigen beim RDB ohne Verpflichtung zur besonderen Beitragsleistung nicht kannte<sup>6</sup>. Das Verhalten Kreyßigs hatte die Gauleitung Sachsen – Amt für Beamte – schon am 12. Juni 1934 veranlaßt, beim damals noch bestehenden sächsischen Justizministerium die Versetzung des Richters in den Ruhestand zu beantragen. Aber selbst einem eingefleischten Nationalsozialisten wie dem sächsischen Justizminister Thierack – der 1936 Präsident des Volksgerichtshofs und 1942 Reichsjustizminister werden sollte – genügten diese Vorwürfe nicht, um den fachlich gut qualifizierten Juristen zu entlassen.

Wie aus dem Untersuchungsbericht vom Oktober weiter hervorgeht, schreckten die Anhänger der Partei selbst vor kleinlicher Bespitzelung nicht zurück, um dem Richter etwas anhängen zu können: so meldete ein Fachschaftsangehöriger, Kreyßig habe – als bei der Einführung des neuen Chemnitzer Landgerichtspräsidenten ein dreifaches Heil auf den Führer ausgebracht wurde – „nur das erste Mal den Mund leicht bewegt, dann aber stumm dagestanden“. Schließlich wurde Kreyßig noch vor-

<sup>6</sup> Über die Auseinandersetzung zwischen den beiden rivalisierenden NS-Organisationen bei der „Erfassung“ der Justizbeamtenschaft und ihre Beilegung durch die Vereinbarung v. 10. 2. 34 s. L. Gruchmann, Die Überleitung der Justizverwaltung auf das Reich 1933 bis 1935 (in: Vom Reichsjustizamt zum Bundesministerium der Justiz, herausg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1977), S. 122 ff.

geworfen, daß er mit dem 1933 entlassenen Landgerichtspräsidenten Ziel freundschaftliche Beziehungen beibehalten hatte<sup>7</sup>.

Auch dem berichterstattenden Oberlandesgerichtspräsidenten mochten diese kleinlichen Anwürfe zuwider gewesen sein; jedenfalls schloß sein Bericht mit der Feststellung, daß Kreyßig, der das von ihm als richtig Erkannte selbst dann offen vertrete, „wenn ihm aus seinem Bekennermut persönliche Nachteile erwachsen“, eine überdurchschnittliche Persönlichkeit mit wertvollen Eigenschaften sei und die erhobenen Vorwürfe demgegenüber als „verhältnismäßig belanglos“ bewertet werden müßten. Zwar müsse auch künftig damit gerechnet werden, daß Kreyßig seine Meinung in Kirchenfragen auch dann energisch vertreten werde, „wenn der Staatsführung dadurch Schwierigkeiten“ erwüchsen. Die Bedenken gegen seine Belassung im Amt würden jedoch insofern vermindert, als die jüngsten Maßnahmen des Reichskirchenministers eine Beruhigung der Lage versprächen<sup>8</sup> und somit auch erwartet werden könne, „daß Dr. Kreyßig im Falle der Beendigung des Kirchenstreits sich in kirchlichen Dingen unauffällig verhalten“ werde.

Die aufrechte Haltung des Richters machte im Reichsjustizministerium offensichtlich sogar bei einem Mann wie Staatssekretär Freisler Eindruck: das Ministerium entschied, daß die festgestellten Äußerungen Kreyßigs seine Versetzung in den Ruhestand nicht rechtfertigten. Nachdem das Einverständnis des Reichskirchenministers dazu eingeholt war<sup>9</sup>, begründete der Leiter der Personalabteilung im Auftrage Freislers die Entscheidung gegenüber dem sächsischen Reichsstatthalter Mutschmann im Januar 1936 damit, daß eine Entlassung Kreyßigs die „in Sachsen erfreulich fortschreitende Befriedung in den kirchlichen Angelegenheiten unter Umständen empfindlich stören könnte“<sup>10</sup>. Da die Einflußnahme der Partei in Personalsachen seit der Verreichlichung der Justiz nur noch auf oberster Ebene zwischen der Dienststelle des Stellvertreters des Führers und dem Reichsjustizministerium geregelt wurde, mußte sich der Gauleiter mit dieser Entscheidung abfinden<sup>11</sup>.

<sup>7</sup> Laut Bericht des AGDir. D. (Dokument 4) hatte sich Kreyßig sogar in einer Richterversammlung offen gegen die Entlassung Ziels und zweier weiterer Richter gewandt und versucht, beim sächsischen Justizministerium die Entlassungen rückgängig zu machen.

<sup>8</sup> Gemeint sind die reglementierenden Maßnahmen, die der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten Kerrl aufgrund des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche v. 24. 9. 35 (RGBl. I, S. 1178) traf, das ihn ermächtigte, „zur Wiederherstellung geordneter Zustände“ in der evangelischen Kirche Rechtsverordnungen zu erlassen.

<sup>9</sup> Vgl. Referentenvermerk v. 22. 1. 36 (Personalakte a. a. O., Bl. 22).

<sup>10</sup> Schr. des RJM (i. A. MinDir. Nadler) an den Reichsstatthalter in Sachsen v. 27. 1. 36 (a. a. O., Bl. 22f.).

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Klage des thüringischen Gauleiters/Reichsstatthalters Sauckel im Schr. an den Chef der Reichskanzlei v. 19. 10. 35: „Seit der Verreichlichung der Justiz hat sich leider das Verhältnis des Reichsstatthalters zu den Justizbehörden von Grund auf geändert. Es gelingt nicht einmal mehr, berechnete und selbstverständliche Personalwünsche der Partei durchzusetzen. Vielmehr sind meine Wünsche seit dieser Zeit vollkommen negiert worden ...“ Sauckel forderte einen stärkeren Einfluß der Gauleiter in Personalangelegenheiten der Justiz (Akten der Reichskanzlei, BA, Sign. R 43 II/1505, Bl. 177 f.).

Das Justizministerium war jedenfalls gewillt, mit dem eigenwilligen Richter auszukommen. Nachdem ihm die Entscheidung mitgeteilt worden war, erkundigte sich Kreyßig im April durch eine persönliche Vorsprache beim zuständigen Personalreferenten des Ministeriums, ob sich die Geschehnisse möglicherweise auf seine gegenwärtige und zukünftige Stellung auswirken könnten. Der Referent legte ihm dar,

„er nähme an, daß durch die Entschließung des RJMs unter das Vergangene ein Strich gezogen sei, sodaß er für die jetzige Richterstellung nichts zu befürchten haben werde; selbstverständlich würden die bisherigen Vorkommnisse aber wieder herangezogen werden, wenn sich ein neuer Anlaß zum Einschreiten ergeben sollte; wegen einer Beförderung lasse sich gar nichts sagen“<sup>12</sup>.

Diese deutliche Warnung sollte bei Kreyßig allerdings nichts bewirken.

Bei dieser Unterredung deutete Kreyßig eine Absicht an, die für seine nicht alltägliche und eigenwillige Persönlichkeit bezeichnend ist: da er eine Neigung zum bäuerlichen Leben habe, würde er gern Amtsrichter auf dem Lande werden und spiele daher mit dem Gedanken, sich zur Vorbereitung längere Zeit beurlauben zu lassen, um als Bauer zu arbeiten. Erst am 23. Januar 1937 ließ Kreyßig mit einem Gesuch um sechs Monate unbezahlten Urlaub die Katze aus dem Sack: unter Aufwendung sämtlichen Sachvermögens der Familie habe er vor einer Woche vom Reichsbankpräsidenten Schacht ein kleines Gut in Hohenferchesar bei Brandenburg gekauft, das er innerhalb der erbetenen Urlaubsfrist mit Hilfe eines Fachmannes soweit wieder aufbauen wolle, daß er sich danach wieder seinem Hauptberuf zuwenden könne. Die Begründung für seinen Entschluß – den wir heute als Entscheidung für ein „alternatives Leben“ bezeichnen würden – weist den damals für ein solches Gesuch wohl unabdingbaren Schuß „Blut und Boden“-Mentalität auf. Zur Charakterisierung des Mannes sei aus ihr zitiert:

„Tätige Beziehung zu den Naturkräften in Form der Landarbeit ist mir seit langem Bedürfnis. Ich bin der Überzeugung, daß der westische Mensch, um als Einzelner der zersetzenden Wirkung des Nur-Geistigen, als Volkheit der Veräußerlichung durch Technik und Zivilisation zu entgehen, in dieser tätigen Beziehung zu ursprünglichen Lebensbedingungen wesentlich zu bleiben trachten muß. Darum genügt es nicht, das eigene Dasein durch ausgleichende Betätigung im Bäuerlichen und Gärtnerischen zu vertiefen. Ich fühle mich vielmehr seit langem im völligen Einklang mit meiner Frau dafür verantwortlich, daß meine drei Söhne – 12, 7 und 6 Jahre alt<sup>13</sup> – von früher Jugend an sich in solcher Lebensform und ihren Anforderungen bilden. Der jetzt vollzogene Gutserwerb läßt mich glauben, daß – nach allen Umständen des Herganges – die Fügung ein jahrelanges Streben nach Erfüllung der Aufgabe bestätigt ... Ich mobilisiere also mein gesamtes Eigentum im Sinne des Vierjahresplanes und mache eine Familie bodenständig, um drei Jungens zu echten und handfesten Deutschen zu erziehen, denen die deutsche Erde und die Arbeit an ihr wesentliches Jugenderlebnis ist.“

<sup>12</sup> Referentenvermerk v. 25. 4. 36 (Personalakte a. a. O., Bl. 25).

<sup>13</sup> Im Oktober 1939 folgte die Geburt eines vierten Sohnes (a. a. O., Bl. 56).



Um seinen Richterberuf nach dem Urlaub wieder aufnehmen zu können, bat Kreyßig um Versetzung an das 13 Kilometer von seinem Gut entfernte Amtsgericht in Brandenburg a. d. Havel<sup>14</sup>.

Das Justizministerium, das allen Grund gehabt hätte, dem unbequemen Richter bei der Verwirklichung seiner ausgefallenen Wünsche Schwierigkeiten zu bereiten, genehmigte ihm nicht nur den Urlaub „zwecks Vervollständigung der landwirtschaftlichen Ausbildung“; es verschaffte ihm auch zum 1. August 1937 die freiwerdende Stelle eines Amtsgerichtsrats in Brandenburg und verzichtete zu seinen Gunsten sogar auf die übliche Ausschreibung.

Falls das Ministerium gehofft hatte, Kreyßig mit diesen Zugeständnissen beschwichtigen oder ihn durch die ermöglichte landwirtschaftliche Betätigung von seinen kirchenpolitischen Aktivitäten abbringen zu können, mußte es eine arge Enttäuschung erleben. Schon im Sommer 1937 verteilte der Richter in Hohenferchesar „unter Verletzung presserechtlicher Vorschriften“ Flugblätter der Bekennenden Kirche und mußte deshalb vom nunmehr für ihn zuständigen Präsidenten des Kammergerichts in Berlin ernsthaft verwahrt werden<sup>15</sup>. Durch die kirchenpolitische Betätigung, die er auch in seiner neuen Heimat fortsetzte, wurde er Mitglied des Kreisbruderrates der Bekennenden Kirche in Brandenburg, des Landesbruderrates in Berlin und der Synode der Altpreußischen Union. Im Juni 1939 erfuhr das Reichsjustizministerium, daß die Gestapo gegen Kreyßig wegen staatsfeindlicher Betätigung ermittelte, weil er im April an der Spitze seiner Anhänger in der St. Gotthardt-Kirche in Brandenburg die Predigt des Pfarrers der Deutschen Christen verhindert und durchgesetzt hatte, daß der Gottesdienst von dem suspendierten Pfarrer der Bekenntniskirche abgehalten wurde. Nachdem die Gestapo die Vorgänge an die Staatsanwaltschaft in Potsdam abgegeben hatte, wurde gegen Kreyßig ein Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruchs und Gottesdienststörung eingeleitet. Nunmehr wurde der Kammergerichtspräsident vom Reichsjustizministerium mit der Prüfung beauftragt, ob Kreyßigs Verhalten aus beamtenrechtlicher Sicht die Einleitung eines Dienststrafverfahrens oder sogar ein Untersuchungsverfahren nach § 71 des Deutschen Beamtengesetzes (DBG), d. h. zur Entfernung des Richters aus seinem Amt erfordere<sup>16</sup>. Aus dem Bericht des Kammergerichtspräsidenten ging hervor, daß Kreyßig vor der Gestapo seine Handlungen nicht nur freimütig zugegeben, sondern deren Widerrechtlichkeit sogar bestritten hatte: die Anordnungen der staatlichen Stellen auf dem Gebiet der evangelischen Kirche seien ein System von „Unrecht, welches sich des

<sup>14</sup> Gesuch Kreyßigs v. 23. 1. 37, vom OLGPräs. Dresden befürwortend an das RJM weitergereicht (a. a. O., Bl. 27 ff.).

<sup>15</sup> Vgl. Bericht des KGPräs. an das RJM v. 24. 8. 39 (a. a. O., Bl. 49 R.).

<sup>16</sup> Nach § 71 des Deutschen Beamtengesetzes v. 26. 1. 37 (RGBl. I, S. 39) konnte Hitler einen Beamten in den Ruhestand versetzen, wenn er „nicht mehr die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für den nationalsozialistischen Staat eintreten wird“. Voraussetzung war ein Antrag der obersten Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister (Abs. 1). Die Tatsachen, die diesen Antrag rechtfertigten, waren in einem Untersuchungsverfahren festzustellen, in dem auch der Beamte zu hören war (Abs. 2).

Rechtsscheins formaler Geordnetheit“ bediene und „die babylonische Gefangenschaft der Kirche“ bedeute, gegen die Handlungen geistlicher Notwehr zulässig seien. Kreyßig hatte sogar den Mut, bei der Vernehmung durch die Gestapo zu bekennen, daß er gegenwärtig noch ernsthaftere Gewissensbedenken gegen einen Eintritt in die NSDAP habe als 1933<sup>17</sup>. Zu seinen vor der Gestapo abgegebenen Erklärungen stand Kreyßig auch bei der Anhörung durch den Sachbearbeiter des Kammergerichtspräsidenten (Dokument 5). In seinem abschließenden Bericht schlug der Kammergerichtspräsident vor, gegen Kreyßig ein Dienststrafverfahren einzuleiten, da er seine Stellung als Richter mißbraucht habe, um sich in der Bekennenden Kirche eine führende Position zu verschaffen, sein Dienstvergehen also als „in oder bei Ausübung der Rechtspflege begangen“ angesehen werden müsse. Ferner sollte bei der zuständigen Dienststrafkammer die vorläufige Dienstenthebung des Richters unter Einbehaltung eines Drittels seiner Bezüge beantragt werden. Darüber hinaus sei gegen ihn das Untersuchungsverfahren gemäß § 71 DBG einzuleiten und ihm auf dieser Grundlage die Führung seiner Dienstgeschäfte mit sofortiger Wirkung zu verbieten<sup>18</sup>.

Da Kreyßig drei Tage nach Eingang dieses Berichts im Ministerium zur Wehrmacht einrücken mußte, wurde die Angelegenheit mit Zustimmung des Gauleiters der Kurmark – der wegen Kreyßigs negativer Äußerung über einen Parteibeitritt an dem Verfahren reges Interesse nahm – einstweilen zurückgestellt. Nachdem Kreyßig jedoch im November 1939 vom Heeresdienst entlassen worden war, weil er über 40 Jahre alt und Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes war, und seinen Dienst beim Amtsgericht wieder aufgenommen hatte, leitete das Justizministerium das förmliche Dienststrafverfahren ein. Das Ministerium sah allerdings von der vorläufigen Dienstenthebung und einem zusätzlichen Untersuchungsverfahren nach § 71 DBG ab, ordnete jedoch an, die Ermittlungen so zu führen, daß sie erforderlichenfalls auch für ein solches Verfahren verwendet werden konnten<sup>19</sup>.

Die Untersuchung, mit der Amtsgerichtsdirektor H. in Potsdam betraut wurde, mußte im Februar 1940 auf Geheiß des Ministeriums auf eine weitere Aktion Kreyßigs ausgedehnt werden: Im Juni 1938 hatte er in Berlin-Nikolassee an der Ausarbeitung einer Kanzelabkündigung der Bekenntnissynode der Altpreußischen Union mitgewirkt, in der die Maßnahmen gegen Martin Niemöller und andere Pfarrer der Bekennenden Kirche kritisiert worden waren und die ihm deshalb ein weiteres staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen den „Kanzelparagraphen“ (§ 130 a StGB) und gegen das „Heimtückegesetz“ vom Dezember 1934 eingebracht hatte. Obgleich sowohl dieses Strafverfahren wie auch das Verfahren wegen der Vorgänge in der St. Gotthardt-Kirche im Laufe des Jahres 1940 aufgrund Hitlers

<sup>17</sup> Vgl. Bericht des KGPräs. an das RJM v. 7. 8. 39 (Personalfakte a. a. O., Bl. 45 ff.).

<sup>18</sup> Bericht des KGPräs. v. 24. 8. 39 (a. a. O., Bl. 48 ff.).

<sup>19</sup> Vgl. die von Freisler gezeichnete Einleitungsverfügung des RJM v. 16. 12. 39 nebst Begleitschr. Min. Dir. Naders an den KGPräs. und den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht vom selben Tage (a. a. O., Bl. 60 ff.).

genereller Amnestie vom September 1939<sup>20</sup> eingestellt wurden, blieben diese Anschuldigungen weiterhin Bestandteil des Disziplinarverfahrens.

Während diese Untersuchung unter Beiziehung zahlreicher staatspolizeilicher und strafrechtlicher Ermittlungsakten lief, traten Ereignisse ein, die das Ende der dienstlichen Tätigkeit des Richters wesentlich beschleunigten: sein mannhafter Widerstand gegen die Durchführung der Euthanasie in seinem Amtsbereich. Als er erfuhr, daß aus der Heilanstalt Brandenburg-Görden entmündigte Geisteskranke geheim und ohne Wissen der Vormundschaftsrichter nach Hartheim gebracht wurden, um dort ohne gesetzliche Grundlage getötet zu werden, sandte er am 8. Juli 1940 einen Bericht an den Kammergerichtspräsidenten, der von ausgesprochenem Mut zeugt. Nachdem sich Kreyßig geweigert hatte, dieses „ungehörige“ Schreiben zurückzuziehen<sup>21</sup>, sandte es der Kammergerichtspräsident an den Reichsjustizminister weiter. Darin führte Kreyßig aus, daß er das Verfahren zur Tötung Geisteskranker, die „demnächst als eine alltägliche Wirklichkeit ebenso bekannt sein wird, wie etwa die Existenz der Konzentrationslager“, nicht nur aus religiösen Gründen, sondern wegen ihrer verheerenden Auswirkungen auf das Rechtsbewußtsein in Deutschland ablehnen müsse:

„Recht ist, was dem Volke nützt. Im Namen dieser furchtbaren, von allen Hütern des Rechtes in Deutschland noch immer unwidersprochenen Lehre sind ganze Gebiete des Gemeinschaftslebens vom Rechte ausgenommen, vollkommen z. B. die Konzentrationslager, vollkommen nun auch die Heil- und Pflegeanstalten. Was beides in der Wirkung aufeinander bedeutet, wird man abwarten müssen. Denn der Gedanke drängt sich auf, ob es denn gerecht sei, die in ihrem Irrsinn unschuldigen Volksschädlinge zu Tode zu bringen, die hartnäckig-boshafte aber mit großen Kosten zu verwahren und zu füttern.“

Zwar sei die Fürsorge des Vormundschaftsrichters gegenüber Geisteskranken, die unter seiner Vormundschaft oder Pflegschaft stünden, vom Gesetz nicht so weit gefaßt, daß es ihm in diesem Fall als Grundlage für eine Intervention dienen könne. Dennoch glaube er, daß der Richter im vorliegenden Fall „unzweifelhaft die richterliche Pflicht hat, für das Recht einzutreten. Das will ich tun. Mir scheint auch, daß mir das niemand abnehmen kann. Zuvor ist es aber meine Pflicht, mir Aufklärung und Rat bei meiner vorgesetzten Dienstbehörde zu holen. Darum bitte ich“<sup>22</sup>.

Nachdem ihm Freisler in zwei noch im Juni stattfindenden Unterredungen über die rechtliche Grundlage der Euthanasie-Aktion keine befriedigende Auskunft geben

<sup>20</sup> Vgl. Gnadenerlaß des Führers und Reichskanzlers für die Wehrmacht v. 1. 9. 39 (RGBl. I, S. 1549), dsgl. für die Zivilbevölkerung v. 9. 9. 39 (RGBl. I, S. 1753).

<sup>21</sup> Zeugenbericht Kreyßigs von 1968, zit. bei F. K. Kaul, *Die Psychiatrie im Strudel der „Euthanasie“*, Köln/Frankfurt a. M. 1979, S. 139.

<sup>22</sup> Der Bericht Kreyßigs an den RJM v. 8. 7. 40 ist in der Personalakte nicht enthalten. Er befindet sich in den Akten des Oberkonsistorial-Präsidenten von Magdeburg und ist abgedruckt in: *Die Innere Mission*, Monatsblatt des Central-Ausschusses für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche 1947, S. 40 ff.



konnte, da das Ministerium zu dieser Zeit selbst noch im Dunkeln tappte<sup>23</sup>, verbot Kreyßig verschiedenen Landesheilanstalten schriftlich, Personen, die unter richterlicher Vormundschaft des Amtsgerichts Brandenburg standen, ohne seine vorherige Zustimmung zu verlegen. Ferner erstattete er bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Potsdam gegen Reichsleiter Bouhler, der ihm von Freisler als der für die Aktion Verantwortliche genannt worden war, Strafanzeige wegen Mordes, ohne jedoch je wieder etwas von der Sache zu hören.

Als Folge des Protestes des Oberpräsidenten der Provinz Mark Brandenburg, der die Aufhebung der Anweisung Kreyßigs an die Heil- und Pflegeanstalten forderte, wurde der Amtsrichter am 13. November 1940 zu einer Unterredung mit Justizminister Gürtner bestellt. Der Minister suchte ihm noch einmal goldene Brücken zu bauen: er möge doch die geforderte Aufhebung vollziehen und sie dem Oberpräsidenten gegenüber damit begründen, daß er sich nunmehr davon überzeugt habe, daß die Zustimmung des Vormundschaftsrichters zu einer Verlegung seiner Pfleglinge gesetzlich nicht vorgeschrieben sei (Dokument 6). Aber selbst durch die Vorlage der von Bouhler unterdessen dem Ministerium übermittelten Fotokopie des „Euthanasie-Erlasses“ Hitlers vom 1. September 1939 konnte Gürtner den Richter von der Rechtmäßigkeit der Aktion nicht überzeugen. Der Minister machte ihm daraufhin klar, daß er nicht Richter bleiben könne, wenn er „den Willen des Führers als Rechtsquelle, als Rechtsschöpfung nicht anerkennen“ könne, wies auf das laufende Dienststrafverfahren hin und kündigte an, daß gegen ihn nunmehr auch ein Verfahren zwecks Zurruhesetzung nach § 71 DBG eingeleitet werden müsse<sup>24</sup>. Schon wenige Tage nach dieser Unterredung teilte Kreyßig dem Justizministerium mit, daß er sich aus Gewissensgründen nicht imstande sehe, seine Anordnung an die Heilanstalten zurückzuziehen, und bat von sich aus, ihn in den Ruhestand zu versetzen (Dokument 6).

Zwei Tage nach der Unterredung Kreyßigs mit Gürtner ging der Schlußbericht in seinem Dienststrafverfahren mit einer ausführlichen Stellungnahme des Kammergerichtspräsidenten im Reichsjustizministerium ein<sup>25</sup>. Die Stellungnahme enthielt das bekannte Sündenregister des Amtsrichters seit 1933, rechnete aber interessanterweise die Erklärung Kreyßigs über seine gewissensmäßig begründete Ablehnung eines Parteibeitritts nicht zu den Dienstvergehen, weil der Reichsdienststrafhof in mehreren Urteilen den Grundsatz aufgestellt hatte, „die innere Einstellung eines Beamten allein könne ein Dienstvergehen nicht darstellen“, und zwar auch dann nicht, wenn er seine

<sup>23</sup> Die Vorgänge im RJM und die einzelnen Schritte Kreyßigs gegen die Euthanasie-Aktion können in diesem Zusammenhang nicht dargelegt werden. Vgl. dazu L. Gruchmann, Euthanasie und Justiz im Dritten Reich (VfZ 1972, S. 235 ff.).

<sup>24</sup> Mitteilung Kreyßigs anlässlich einer persönlichen Befragung durch den Verf. am 16. 10. 69 (Arch. des IfZ, Sign. ZS 1956).

<sup>25</sup> Auf den Abdruck der umfangreichen Stellungnahme des KGPräs. v. 13. 11. 40 (i. V. gez. vom Vizepräsidenten, Personalakte a. a. O., Bl. 66 ff.) wird abgesehen, da sie gegenüber dem als Dokument 7 wiedergegebenen Antrag des RJM an den Chef der Reichskanzlei v. 10. 5. 41 auf Versetzung Kreyßigs in den Ruhestand nichts wesentlich Neues enthält. Der Schlußbericht des Untersuchungsführers AGDir. H. v. 9. 10. 40 lag den Personalakten nicht bei.

nichtnationalsozialistische Einstellung dem Vorgesetzten wahrheitsgemäß erkläre, „sofern diese Erklärung weder in ungehöriger noch in gehässiger Form erfolge“, was im Falle Kreyßigs nicht festgestellt werden konnte. Der Kammergerichtspräsident beantragte, daß auf der Grundlage des vorliegenden Schlußberichts eine Anschuldigungsschrift bei der Dienststrafkammer des Kammergerichts eingereicht und – ohne ein nochmaliges besonderes Untersuchungsverfahren – die Versetzung Kreyßigs in den Ruhestand nach § 71 DBG betrieben werden sollte. Denn Kreyßigs Verhalten vor dem Untersuchungsführer – er hatte in seiner abschließenden Vernehmung am 17. August 1940 erneut erklärt, daß er seine Würde als Christ über seine Verantwortung als Richter stelle – habe die Auffassung noch verstärkt, daß er nicht mehr rückhaltlos hinter dem nationalsozialistischen Staat stehe. Das Dienststrafverfahren solle jedoch daneben mit der Absicht weitergeführt werden, Kreyßig im Falle der Zurruhesetzung den Anspruch auf seine Pension abzuerkennen.

Das Ministerium entschloß sich jedoch, Kreyßigs Versetzung in den Ruhestand gemäß § 71 DBG bei Hitler nicht ohne ein vorgeschaltetes eigenes Untersuchungsverfahren zu beantragen. Als Gürtner Anfang Dezember 1940 die Einleitung dieses Verfahrens verfügte und den bisherigen Untersuchungsführer Amtsgerichtsdirektor H. damit beauftragte, bat Kreyßig sofort um seine einstweilige Beurlaubung vom Dienst, die ihm mit Wirkung vom 10. Dezember gewährt wurde<sup>26</sup>. Damit war Kreyßigs berufliche Tätigkeit als Richter faktisch beendet.

Der umfangreiche Schlußbericht des Untersuchungsführers ging im März 1941 nach Gürtners Tod im Ministerium ein<sup>27</sup>. In dem von Staatssekretär Schlegelberger Anfang Mai beim Chef der Reichskanzlei eingereichten Antrag auf Versetzung Kreyßigs in den Ruhestand aufgrund des § 71 DBG (Dokument 7) beeindruckt die Offenheit, mit der Kreyßig vor dem Untersuchungsführer am nationalsozialistischen Regime Kritik übte: so z. B. seine dort wiedergegebenen Bemerkungen, daß alles, was er „seit 1933 an Rechtsnot erlebt habe“, auf den Totalitätsanspruch des Staates zurückzuführen sei, oder daß sich das Recht in diesem Staate „trotz äußerer Blüteerscheinungen“ im Zustand „inneren Siechtums“ befinde, da bestimmte Gebiete des Gemeinschaftslebens von der Rechtssicherheit ausgenommen seien und sich folglich die Frage erhebe, „ob überhaupt noch von einem Rechtsstaat gesprochen werden könne“. Erschütternd ist auch seine Äußerung, er habe „wegen der Rechtsnot ungesühnt gebliebenes Unrecht in solchem Maße ansehen müssen“, daß seine „Meinung, es gebe eine in der sittlichen Befähigung des Menschen liegende Gewähr für Recht, nie wieder aufleben“ könne. Es ist überaus bezeichnend, daß der zuständige Referent der Personalabteilung bei der Formulierung der Einleitungsverfügung empfohlen hatte,

<sup>26</sup> Vgl. die von Gürtner gezeichnete Einleitungsverfügung und den Aktenvermerk des Referenten v. 9. 12. 40 (a. a. O., Bl. 72 f.).

<sup>27</sup> Vgl. Schlußbericht des AGDir. H. v. 10. 2. und Stellungnahme des KGPräs. v. 19. 3. 41 (a. a. O., Bl. 74 ff.), der nun einer Belassung des vollen Ruhegehaltes nicht mehr entgegentrat, da Kreyßigs Verfehlungen keiner „unehrenhaften Gesinnung“, sondern seiner „fanatischen kirchenpolitischen Einstellung“ entsprangen und den Anhängern der Bekennenden Kirche keine Gelegenheit gegeben werden sollte, Kreyßig „etwa als Märtyrer“ hinzustellen.

die Anschuldigung wegen dieser Äußerung aus dem Untersuchungsverfahren herauszunehmen, „um nicht von hier aus den Anstoß zur Erörterung gewisser Vorgänge im Brandenburger Bezirk zu geben“<sup>28</sup>. Hier wird deutlich, welche Seite die moralische Überlegenheit besaß: nicht Kreyßig, sondern seine oberste Dienstbehörde erwog, Dinge nicht offen auszusprechen.

Als der Chef der Reichskanzlei schließlich am 4. März 1942 (!) die Entscheidung Hitlers über die Versetzung Kreyßigs in den Ruhestand übermittelte, bekam der Amtsrichter vom Justizministerium den Bescheid, daß sein Ruhestand am 1. Juli 1942 beginne und er von diesem Zeitpunkt ab die gesetzlichen Versorgungsbezüge erhalte<sup>29</sup>. Im April wurde auch das laufende Dienststrafverfahren gegen ihn eingestellt, da durch seine Versetzung in den Ruhestand bereits „eine abschließende Entscheidung über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe getroffen worden“ sei<sup>30</sup>. Von da ab lebte Kreyßig im Dritten Reich völlig unbehelligt.

Der Fall des Amtsgerichtsrats Kreyßig weist in mehrfacher Hinsicht Besonderheiten auf, die sein Schicksal gestalteten und von dem seiner Kollegen in der damaligen Justiz unterschieden. Zunächst einmal war Kreyßig als Anhänger der Bekennenden Kirche von einer „Gegenideologie“ zum Nationalsozialismus geprägt, die ihn – hierin überzeugten Marxisten gleich – gegen nationalsozialistische Vorstellungen und Forderungen immun machte. Sicher darf Kreyßig zu den Justizbeamten mit „nationaler“ und in diesem Sinne staatsstreuer Gesinnung gerechnet werden, hatte er doch gegenüber dem vernehmenden Untersuchungsführer selbst bekannt, daß seine „Treuepflicht als Staatsbürger“ von seiner Opposition unberührt bleibe und er sich gewissenhaft bemühe, ein „dem Führer [i. S. der Staatsautorität] gehorsamer Deutscher zu sein“ – allerdings „nach Gottes Gebot“ (Dokument 7). Kreyßig erkannte die bestehende weltliche Obrigkeit an und gab „dem Kaiser, was des Kaisers ist“; er war aber gleichzeitig entschlossen, dort, wo diese Obrigkeit ihre Grenzen überschritt und Gottes Gebot mißachtete, „Gott mehr zu gehorchen, denn den Menschen“. Im Gegensatz zu zahlreichen in der Justizverwaltung des Dritten Reiches arbeitenden Beamten nationaler und konservativer Schattierung, die die patriotischen Anliegen der nationalsozialistischen Führung uneingeschränkt teilten, hatte die „Anpassung“ bei ihm dort eine klare Grenze, wo sie mit seinem – von strengen ethisch-religiösen Grundsätzen geprägten – Rechtssinn in Konflikt geriet, der ihm ein Taktieren mit dem Regime verbot.

Eine zweite Besonderheit lag darin, daß Kreyßig im Unterschied zur überwiegenden Mehrheit seiner damaligen Standesgenossen durch seinen Grundbesitz und sei-

<sup>28</sup> Vgl. Vermerk des für den Kammergerichtsbezirk zuständigen Personalreferenten v. 9. 12. 40 zur Einleitungsverfügung (a. a. O., Bl. 73 a).

<sup>29</sup> Vgl. Mitteilung des Chefs der Reichskanzlei Lammers an den RJM v. 4. 3. 42 über den Erlaß Hitlers sowie die von Schlegelberger gez. Mitteilung des RJM an Kreyßig v. 13. 3. 42 (a. a. O., Bl. 87 f.). Seit dem G. zur Änderung des Deutschen Beamtengesetzes v. 25. 3. 39 (RGBl. I, S. 577) erfolgte an Stelle der Aushändigung einer von Hitler unterzeichneten Urkunde nur noch die bloße Mitteilung über die von Hitler verfügte Versetzung in den Ruhestand.

<sup>30</sup> Vgl. die von Schlegelberger gez. Einstellungsverfügung des RJM v. 11. 4. 42 (a. a. O., Bl. 91).

nen Gutshof eine hinreichende finanzielle Unabhängigkeit besaß, die ihm zweimal längere Beurlaubungen von seinem Amt auf eigenen Antrag ermöglichte und die Folgen seiner unbeugsamen Haltung zumindest in dieser Hinsicht nicht zu einer unmittelbaren Bedrohung seiner Existenz werden ließ.

Bei der Frage, warum die Justizverwaltung Kreyßig trotz mehrmaliger Forderung von Parteistellen auf Entlassung so lange im Amt behielt und ihn schließlich ohne Dienststrafe und mit vollem Ruhegehalt verabschiedete, spielte zunächst eine Rolle, daß die Verfehlungen des fachlich stets ausgezeichnet beurteilten Juristen – wenn sie auch für das Dienststrafverfahren als „bei Ausübung der Rechtspflege begangen“ galten – nicht seine unmittelbare Funktion als Richter im Sinne seiner rechtsprechenden Tätigkeit betrafen. Es kam hinzu, daß seine Handlungen auch in der Beurteilung durch seine Vorgesetzten keiner „unehrenhaften“ oder „niederer“ Gesinnung und vor allem keiner „linken“ oppositionellen Einstellung entsprangen. Die führenden Männer im Reichsjustizministerium vom Schlage Gürtners, die national-konservativ geprägt und Anhänger eines autoritären Staates waren, haben nachweislich Angehörige ihres Ressorts, die mit der Partei oder der SS und Polizei in Konflikt geraten waren, mit Ausdauer und Erfolg verteidigt, solange die Angegriffenen im nationalen Sinn „in Ordnung“ und moralisch integer waren. Aber Kreyßig, der von seiner naturrechtlich-ethischen Grundlage aus Hitlers Anspruch bestritt, materielles Unrecht in verbindliches formelles Recht umzusetzen, und damit den obersten Inhaber der Staatsgewalt nicht als alleinige Rechtsquelle im autoritären Führerstaat anerkannte, war selbst für Gürtner als Richter nicht mehr tragbar. Dennoch nötigte die kompromißlose und geradlinige Haltung Kreyßigs seinen Vorgesetzten Respekt ab. Aus den Akten wird die Anerkennung Kreyßigs als einer Art „Überzeugungstäter“ mit ehrenhaften Motiven spürbar, die im Dritten Reich z. B. bei der strafrechtlichen Beurteilung von Regimegegnern und Hochverrätern längst abgeschafft war. Diese Beurteilung seiner Person drückt sich auch darin aus, daß er ohne weitere Diffamierung und zusätzliche finanzielle Benachteiligung in den Ruhestand versetzt wurde.

Erstaunlich bleibt allerdings, daß die politischen Stellen, die nur regimiekonformes Verhalten mit Moral identifizierten und oppositionellen Handlungen als „Treuebruch“ am deutschen Volke jede Ehrenhaftigkeit absprachen, keine schärferen Maßnahmen gegen ihn ergriffen. Sah doch die Parteiführung gerade in den Anhängern der Bekenntnisfront Gegner, „die unter religiöser Tarnung dem Nationalsozialismus Widerstand leisten und so in besonders niederträchtiger (!) Weise gegen den Staat wirken“<sup>31</sup>. Es ist daher verwunderlich, daß die Gestapo Kreyßig aufgrund seiner oppositionellen Äußerungen und Handlungen nie in Schutzhaft nahm, obwohl ein solcher Schritt offensichtlich einmal erwogen wurde (vgl. Dokument 4). Sein Beamtenstatus hätte ihn davor keineswegs geschützt: die verschiedenen Versuche des Reichsinnenministeriums, die Gestapo bei der Inschutzhaftnahme von Beamten an eine vorherige Zustimmung der vorgesetzten Dienststelle des Betroffenen zu binden,

<sup>31</sup> Vgl. Schr. des Stellvertreters des Führers (i. V. Bormann) an den Chef der Reichskanzlei Lammers v. 20. 2. 41 (Akten der Partei-Kanzlei, Arch. des IfZ, Sign. 101, Bl. 5062 ff.).

waren von der Gestapoführung stets sabotiert und auf eine bloße nachträgliche Benachrichtigung reduziert worden. Noch während des Entlassungsverfahrens erkundigte sich die Staatspolizeistelle Potsdam im Juni 1941 angelegentlich beim Kammergerichtspräsidenten, ob Kreyßig nunmehr seines Amtes enthoben sei und „welche Maßnahmen gegen ihn getroffen“ worden seien<sup>32</sup>. Im selben Monat forderte auch die Reichskanzlei telefonisch sämtliche Akten und Beiakten über Kreyßig beim Reichsjustizministerium an<sup>33</sup>. Ob sie Hitler vorgelegt wurden, ist zweifelhaft; er dürfte vielmehr auf Vortrag des Chefs der Reichskanzlei entschieden haben. Bestimmt aber ist zumindest der ausführliche Antrag auf Zurruesetzung dem Leiter der Partei-Kanzlei, Reichsleiter Bormann, zu Gesicht gekommen, der trotz Fehlens der gesetzlichen Voraussetzung auf seiner grundsätzlichen Beteiligung an dem Verfahren nach § 71 DBG bestand, wenn es um Beamte ging, die wegen ihrer kirchlich-politischen Haltung unzuverlässig waren<sup>34</sup>. Eine Erklärung dafür, daß Kreyßig nicht verhaftet wurde, kann darin gesucht werden, daß er in der Bekennenden Kirche an verhältnismäßig exponierter Stelle stand und die Gestapo möglicherweise angewiesen war, den Kirchenkampf durch eine solche Maßnahme nicht unnötig zu schüren. Angesichts der Verhaftung anderer führender Männer der Bekenntnisfront bleibt jedoch diese Erklärung zumindest für die Friedensjahre unbefriedigend. Kreyßig selbst bezeichnete später die Tatsache, daß er unbehelligt blieb, als „ein reines Wunder“<sup>35</sup>. Er dürfte in dem Umstand, daß ihn sein Pflichtgefühl als Christ davor bewahrte, sich auch nur durch passives Verhalten mitschuldig zu machen, und daß er bis auf den dabei unvermeidbaren Verlust seines Amtes aus allem unbeschadet hervorging, göttliche Führung sehen. Wer seinen Glauben teilt, wird seine Deutung des Geschehens akzeptieren können.

### Dokument 1

*Bericht des Bürgermeisters von Neukirchen an den Amtshauptmann zu Chemnitz vom 18. Februar 1935*

Am 13. Februar 1935 abends fand im hiesigen Gasthof „Goldener Stern“ eine geschlossene Versammlung der Bekenntnisgemeinschaft der ev.-luth. Kirche Sachsens statt. Neben ei-

<sup>32</sup> Wegen der Beantwortung des Schreibens der Stapo-Stelle Potsdam v. 5. 6. 41 wandte sich der KGPräs. in einem Schreiben v. 12. 6. 41 an das RJM (Personalakte a. a. O., Bl. 82).

<sup>33</sup> Vgl. Aktenvermerk v. 19. 6. 41 und Übersendungsschreiben v. 21. 6. 41 (a. a. O., Bl. 81).

<sup>34</sup> Vgl. Schr. Bormanns an den Chef der Reichskanzlei Lammers v. 5. 12. 40 und 20. 2. 41. Trotz Hitlers Entscheidung, er wünsche während des Krieges „keine Maßnahmen, die auf religiösem Gebiet Unruhe schaffen könnten“, forderte Bormann die rigorose Durchführung der Verfahren gegen diese Kategorie Unzuverlässiger: es sei unvertretbar, „solche Beamte unverfolgt zu lassen“ (Akten der Partei-Kanzlei, Arch. des IfZ, Sign. 101, Bl. 5058 ff.).

<sup>35</sup> Mitteilung an den Verf. (vgl. Anm. 24). Kreyßig war nach dem Kriege Präses in der Evangelischen Landeskirche der Provinz Sachsen und Vorstandsmitglied der „Aktion Sühnezeichen“. Er lebt heute als 85jähriger in Bergisch-Gladbach.



ner Anzahl Anhänger der Bewegung hatte sich mindestens eine ebenso große Anzahl Gegner eingefunden und stand die Versammlung von vornherein unter dem Zeichen scharfer Opposition. Ich habe die Versammlung selbst überwacht und dabei folgendes festgestellt: Beide Redner, nämlich der Landgerichtsrat Dr. Kreissig und Pfarr-Vikar M. legten das Bibelwort aus. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Allerdings musste ich feststellen, dass die Form der Auslegung bei Menschen, die Nationalsozialisten sind, auf Widerspruch stossen muss. Z. B. wurde von Dr. Kreissig eingangs seiner Ansprache mit ganz besonderer Betonung der Satz gesprochen: „Herr lass uns *nur dir allein dienen*.“ Bei fanatischen Kirchenanhängern muss ein solcher Satz den weltlichen Führer Deutschlands, Adolf Hitler, selbstverständlich weit verdrängen. U. a. sagte er weiter: „Die Anschauungen über den Staat ändern sich, dagegen das Bibelwort bleibt bestehen.“ Auch hier könnte man wieder sagen, dass man den Staatsbürger darauf aufmerksam macht, dass sich die Regierungsführung des Nationalsozialismus ändern kann. Wieder ein anderes Mal sagte er: „Die führenden Männer haben nicht mehr das Vertrauen“. Wenn er damit schon Reichsbischof Müller und Landesbischof Koch meint, so wird aber die Reaktion unter führenden Männern Adolf Hitler und seine Mitkämpfer verstehen.

Pfarrvikar M. sagte in seiner Ansprache u. a.: „Das Christentum stehe nicht auf dem Gedanken ‚Rasse und Boden‘ wie die NSDAP.“ An einer anderen Stelle betonte er: „Jene Tragödie von 1933 ...“ und sofort herrschte im Saale eine Stimmung, die der Kampfzeit der NSDAP. mit dem Kommunismus glich. Auf meinen Einspruch erklärte M. weiter, dass damit selbstverständlich nur die kirchlichen Zustände gemeint seien.

Aus den angeführten Beispielen ist zu ersehen, dass derartige Versammlungen bei weitem nicht dazu beitragen, den einmal erreichten Kirchenfrieden in unseren Orten zu erhalten. Im Gegenteil, die von uns festgestellten Besucher gehören heute noch eben jenen reaktionären Kreisen an. Es sind Meckerer und Kritiker aller Art darunter. Unter dem Deckmantel der Kirche wird hier nach meiner und nach anderer Ueberzeugung gegen das junge nationalsozialistische Deutschland Front gemacht. Ich will durchaus den beiden Rednern die besten Absichten zuerkennen, die Zuhörer aber sind nicht davon überzeugt, um was es geht. Sie betrachten vielmehr derartige Versammlungen als eine Opposition gegen unseren nationalsozialistischen Pfarrer, den nationalsozialistischen Kirchenvorstand und damit selbstverständlich auch gegen das nationalsozialistische Deutschland schlechthin.

Ueber das Vorgefallene erstatte ich hiermit Meldung.

Der Bürgermeister.

[Unterschrift]

## Dokument 2

*Schreiben des Reichsstatthalters in Sachsen an den Beauftragten des Reichsjustizministers, Minister Dr. Thierack, in Dresden<sup>36</sup> vom 7. März 1935*

<sup>36</sup> Bei der Überleitung der Justizverwaltungen der Länder auf das Reich wurden im Dezember 1934 vier „Abteilungen“ gebildet, die einzelne oder mehrere Länder bzw. Landesteile zusammenfaßten und von „Beauftragten des Reichsjustizministers“ geleitet wurden. Der „Abteilung Sachsen-Thüringen“ stand als Beauftragter der sächsische Justizminister Thierack vor (vgl. Gruchmann, a. a. O. [Anm. 6], S. 145 ff.).

Der Landgerichtsrat Kreissig hat in einer Versammlung der Bekenntnis-Gemeinschaft unter dem Thema „Herr laß uns Dir allein dienen“ formuliert:

Die Anschauungen über den Staat ändern sich, dagegen das Bibelwort bleibt bestehen. Es bleibt nicht bei den Angriffen „der Reichsbischof“, sondern „die führenden Männer“. Die kirchlichen Auseinandersetzungen von 1933 werden höchst mißverständlich gedeutet mit der Phrase „jene Tragödie von 1933“ usw.

Ich bitte Sie, wegen dieser Äußerungen, die näher zu kritisieren wohl nicht nötig ist, die Entlassung dieses Beamten nach § 6 des Berufsbeamtengesetzes<sup>37</sup>, für den nach diesen Anschauungen kein Platz mehr im dritten Reiche ist, in die Wege leiten lassen zu wollen.

gez. Martin Mutschmann  
Reichsstatthalter.

### Dokument 3

*Bericht des Oberlandesgerichtspräsidenten in Dresden an den Reichsjustizminister vom 15. Oktober 1935*

Auf die Verfügung vom 16. Mai 1935 (I. p. <sup>16</sup> 373) übersende ich in der Anlage ergebenst das Aktenheft R K 768/3<sup>38</sup>, die Akten Nr. 95/1934 des Geheimen Staatspolizeiamtes Sachsen, die Personalakten U Nr. 1777 des Studienrats i. R. Adalbert K. und die Personalakten K 768 des Landgerichtsrats Dr. Lothar Kreyßig beim Landgerichte Chemnitz mit folgendem Bericht:

#### I.

Dr. Kreyßig, der in Flöha wohnt, ist Mitglied der Bekenntnisgemeinschaft der ev.-luth. Kirche und Vorsitzender des Orts- und Kreisbruderrats in der Ephorie Flöha. Im Kirchenstreit hat er sich außerordentlich rege betätigt, insbesondere hat er in zahlreichen Versammlungen der Bekenntnisgemeinschaft als Hauptredner gesprochen. Dabei hat er sich im wesentlichen mit kirchlichen Angelegenheiten befaßt, sich aber auch zu Äußerungen hinreißen lassen, die als Angriffe gegen den Staat und als Kritik an dessen Verhalten gegenüber den Anhängern der Bekenntnisgemeinschaft aufgefaßt werden können. Das Nähere hierzu ergeben die Polizeiberichte vom 26. Februar und 27. März 1935 sowie die Abschrift eines Briefes vom 29. März 1935 an den damals in Schutzhaft befindlichen Studienrat K. in Chemnitz, Bl. 9 bis 12 des Aktenheftes R K 768/3. Dr. Kreyßig hat sich darauf wie Bl. 13 bis 17, 46 bis 48 des Aktenheftes R K 768/3 geäußert. Er ist sich danach

<sup>37</sup> Nach § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 7.4.33 (RGBl. I, S. 175) konnten Beamte „zur Vereinfachung der Verwaltung“ in den Ruhestand versetzt werden. Dieser an sich nicht diffamierende Paragraph wurde jedoch dazu benutzt, bedenkliche Beamte zu entfernen, die weder Nichtarier waren (§ 3) noch wegen ihrer politischen Betätigung vor 1933 als unzuverlässig angesehen wurden (§ 4).

<sup>38</sup> Die in diesem Schr. erwähnten Akten sind in der Personalakte Kreyßigs nicht enthalten.

bewußt, daß der Kirchenstreit dem Staate, insbesondere bei dessen Streben, die Volksgemeinschaft zu schaffen und immer mehr zu vertiefen, Schwierigkeiten bereitet. Trotz dieses Erkenntnis hält er die Fortsetzung des Streites für notwendig und ist gewillt, sich weiter daran zu beteiligen (Bl. 23 und Bl. 48 des Heftes R K 768/3). Er begründet dies mit seinem dahingehenden Gewissensbefehl und der angeblichen Erkenntnis, daß der Staat nur fortbestehen könne, wenn die von ihm (Kreyßig) vertretene kirchliche Richtung sich ganz ungehindert betätigen dürfe.

## II.

Weiter wird Landgerichtsrat Dr. Kreyßig noch folgendes zur Last gelegt:

- 1) Er habe während einer Rede des Führers, die im Landgerichte Chemnitz im Gemeinschaftsempfang angehört worden sei, den Saal verlassen. Dies bestreitet Landgerichtsrat Dr. Kreyßig. Fachschaftsleiter M., der diese Behauptung aufgestellt hat, ist auch bei einer Gegenüberstellung bei seinen Angaben geblieben (Bl. 36, 37 und 39 des Aktenheftes R K 768/3).  
Ein weiterer Zeuge hat sich nicht ermitteln lassen. Ebensowenig steht fest, aus welchem Anlaß Dr. Kreyßig etwa den Saal verlassen haben könnte.
- 2) Am 1. Mai 1933 habe er bei einer Rede des jetzigen Amtsgerichtsdirektors Dr. D. vor der Enthüllung eines Führerbildes den Schwurgerichtssaal des Landgerichts verlassen. Das gibt er zu, verteidigt sich aber damit, daß er sich durch die Ausführungen des Redners brüskiert gefühlt habe. Landgerichtsdirektor Sch. hat die Sachdarstellung von Dr. Kreyßig bestätigt (vgl. Bl. 40 bis 44 des Aktenheftes R K 768/3).
- 3) An den beim Landgerichte Chemnitz aufgebrachten gemeinschaftlichen Spenden habe sich Dr. Kreyßig nicht beteiligt. Hierzu hat er ausgeführt, er habe schon im Winter 1930/31 eine Notgemeinschaft in Flöha gegründet und sein Vermögen bis auf einen geringen Rest der Wohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt. Auch der NSV. sei er sofort beigetreten, und dem Winterhilfswerk habe er schon aus christlicher Überzeugung das Vielfache des Betrages gespendet, der allgemein erwartet worden sei. Nur lehne er es ab, die Beträge zwischen Chemnitz und Flöha zu teilen, wie von ihm verlangt worden sei; er werde vielmehr auch in Zukunft wie bisher verfahren (Bl. 18 bis 20 des Aktenheftes R K 768/3).
- 4) Er besuche die Abende der Fachschaft nicht. Das gibt er zu, begründet sein Fernbleiben aber damit, daß er in der Fachschaft den Geist der Unduldsamkeit, der Überheblichkeit und des persönlichen Geltungsbedürfnisses bemerkt habe. Auch sei auf die Initiative des Justizamtmanns Sch. vor längerer Zeit durch das Amt für Beamte bei der Gauleitung seine Entlassung wegen politischer Unzuverlässigkeit angeregt worden, sodaß ihm seine Selbstachtung verboten habe, die Veranstaltungen aufzusuchen. Nachdem einige Zeit über alledem vergangen gewesen wäre, habe er sich vorgenommen gehabt, nächstens das Versäumte nachzuholen, müsse aber jetzt davon Abstand nehmen, da der Justizassistent G., ein Angehöriger der Fachschaft, ihn beschuldigt habe, daß er bei dem anläßlich der Einweisung des Landgerichtspräsidenten Dr. J. von diesem ausgebrachten dreimaligen Heil auf den Führer nur das erste Mal den Mund leicht bewegt, dann aber stumm dagestanden habe. Vgl. Bl. 20, 21 des Aktenheftes R K 768/3.
- 5) In seinem ganzen Verhalten zeige sich eine reaktionäre Gesinnung. Zu diesem nicht

näher begründeten Vorwurf hat Landgerichtsrat Dr. Kreyßig eingehend Bl. 21–23 des Aktenheftes R K 768/3 Stellung genommen.

- 6) Schließlich habe Dr. Kreyßig mit dem bei der nationalsozialistischen Revolution entfernten Landgerichtspräsidenten Dr. Ziel freundschaftlichen Verkehr gepflogen. Er hat dazu ausgeführt, daß er längere Zeit Beisitzer in der Kammer von Dr. Ziel gewesen sei. Dabei habe es oft sehr scharfe sachliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen beiden gegeben. Trotzdem sei er in der Kammer verblieben, da er geglaubt habe, durch die Vertretung seiner Anschauungen gegenüber dem Präsidenten Dr. Ziel eine wichtige Aufgabe erfüllen zu müssen, die ihm durchaus nicht leicht gefallen sei. Außerdienstlich habe er nur in geringem Umfange mit Dr. Ziel verkehrt. Richtig sei, daß er Dr. Ziel bei dessen Auszuge geholfen habe. Das würde er jedoch auch heute wieder tun, da Präsident Dr. Ziel sich damals in Not befunden habe und deshalb Hilfe Christenpflicht gewesen sei. Vgl. Bl. 23 bis 25 des Aktenheftes R K 768/3.

### III.

Die Befähigung und die dienstlichen Leistungen des Landgerichtsrats Dr. Kreyßig sind sehr gut. Er ist ein besonders tüchtiger, kenntnisreicher, gewissenhafter und leistungsfähiger Richter, dessen Führung früher nie beanstandet worden ist. Auch hat er beide juristischen Staatsprüfungen mit der Zensur „gut“ bestanden. Landgerichtspräsident N. hat vor seiner Versetzung an das Landgericht Dresden im Personalbogen den Landgerichtsrat Dr. Kreyßig als einen „einwandfreien Charakter“ und als „politisch zuverlässig“ bezeichnet. Landgerichtspräsident Dr. J. hat unter dem 1. Juni 1935 (Bl. 27 a des Aktenheftes R K 768/3) sich dahin geäußert: Dr. Kreyßig habe auf ihn einen offenen und mannhaften Eindruck gemacht; er (Dr. J.) müsse daher annehmen, daß Dr. Kreyßig es mit seinem dem Führer geleisteten Eide ernst nehme.

Ich selbst kenne Dr. Kreyßig noch nicht persönlich. Mein Sachbearbeiter hat aber am 2. Oktober 1935 mit ihm gesprochen und dabei die Überzeugung gewonnen, daß Dr. Kreyßig ein feiner, anständiger Mensch ist, der das von ihm für richtig Angesehene offen und mutig vertritt und zwar auch dann, wenn ihm aus seinem Bekennermut persönliche Nachteile erwachsen. Dem entsprechen durchaus die schriftlichen Äußerungen des Landgerichtsrats Dr. Kreyßig in dem Aktenheft R K 768/3. Man kann also wohl sagen, daß Dr. Kreyßig eine Persönlichkeit ist, die sich wesentlich über den Durchschnitt der Menschen erhebt und sehr wertvolle Eigenschaften hat. Keinesfalls kann Dr. Kreyßig das ernste Bestreben, stets sachlich und ehrenhaft zu handeln, abgesprochen werden. Aus diesen Gründen erscheinen mir die oben unter II 1 bis 6 erwähnten Vorwürfe verhältnismäßig belanglos. Andererseits kann meines Erachtens nicht übersehen werden, daß Dr. Kreyßig gegebenenfalls seine kirchlichen Ansichten auch in Zukunft über politische Rücksichten zu stellen beabsichtigt, insbesondere von der tatkräftigen Vertretung seiner Meinung auf kirchlichem Gebiet auch dann nicht abzugehen gewillt ist, wenn der Staatsführung dadurch Schwierigkeiten erwachsen (Bl. 47, 48 des Aktenheftes R K 768/3). Ob die sich hieraus gegen seine fernere Belassung im Amte ergebenden Bedenken durch die neuesten Maßnahmen des Herrn Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten<sup>39</sup> abge-

<sup>39</sup> Vgl. dazu Anm. 8.

schwächt werden und ob namentlich Dr. Kreyßig sich infolge dieser Maßnahmen künftig die für einen Richter gebotene Mäßigung auferlegen wird, vermag ich zur Zeit noch nicht zu beurteilen. Ich halte es jedenfalls nicht für ohne weiteres ausgeschlossen, daß Dr. Kreyßig im Falle der Beendigung des Kirchenstreits sich in kirchlichen Dingen unauffällig verhalten wird.

[Unterschrift]

#### Dokument 4

*Bericht des Amtsgerichtsdirektors Dr. D. an den Leiter der Personalabteilung im Reichsjustizministerium vom November 1933*

In der Angelegenheit des Landgerichtsrats Dr. Kreyßig beim Landgericht Chemnitz, dessen Inruhestandversetzung nach § 6 BBG. vom Reichsstatthalter in Sachsen empfohlen worden ist, sind von Dr. Kreyßig und Landgerichtsdirektor Dr. Sch. in Chemnitz gegen mich Vorwürfe erhoben worden, die ich nicht unwidersprochen lassen kann.

Es handelt sich um folgendes:

Am 1.5. 1933 wurde beim Landgericht Chemnitz im Schwurgerichtssaal ein Bild des Führers und von Hindenburgs enthüllt. Die Feier wurde von der N. S. D. A. P., Fachschaft Justiz, auf meine Anregung durchgeführt und fand am frühen Morgen vor dem gemeinsamen Marsch zur Kundgebung auf der Chemnitzer Süd-Kampfbahn statt. Auf Veranlassung der N. S. D. A. P. habe ich die Rede zu der Feierlichkeit übernommen und gehalten. Während meiner Rede verließ Dr. Kreyßig den Saal, und Dr. Sch. folgte ihm nach, um ihn, wie er später erklärt hat, zur Rückkehr in den Saal zu bewegen. Dieser Vorfall ist bei den jetzigen Erörterungen nochmals aufgegriffen worden, und Dr. Kreyßig behauptet, er habe den Saal deshalb verlassen, weil ich in meiner Rede die Anwesenden völlig brüskiert und durch meine anklagenden Worte beschimpft hätte.

Wenn ich mich auch auf den genauen Wortlaut meiner aus dem Stegreif gesprochenen Rede nicht mehr besinnen kann, so ist mir trotzdem der Inhalt gerade der Stelle, an der Dr. Kreyßig den Saal verlassen hat, eben wegen dieses Vorfalls annähernd in Erinnerung geblieben. Ich will hierbei gleich betonen, daß wir nationalsozialistischen Redner nie – und auch heute nicht – in Schönfärbereien Menschen gegenüber gesprochen haben, die mit unserer Weltanschauung nichts gemein haben. Unsere Aufgabe ist es nie gewesen, durch Verbeugungen und Zugeständnisse reaktionäre und sonstige Kreise für unsere Aufgaben und für unser Wollen zu interessieren und zu gewinnen. Die Bewegung steht auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß es viel besser ist, in unverhüllter und vielleicht manchmal auch kräftiger Form Miß- und Übelstände aufzuzeichnen und dadurch diejenigen aktiv zu gewinnen, die sich von der Richtigkeit unseres Tuns und unserer Anschauung auch unter Anerkennung ihrer persönlichen Schwächen und Fehler überzeugen lassen. Es ist selbstverständlich, daß ich seinerzeit betonen mußte, daß das im ersten Werden befindliche Dritte Reich von denjenigen geschaffen und erkämpft worden ist, die sich über alle Standes-, Klassen- und liberalistischen Anschauungen hinweg unter Aufopferung oft ihrer



Stellung und ihres Lebens aktiv in der SA, PO<sup>40</sup>, SS und HJ dem Führer zur Verfügung gestellt haben. Ich habe etwa erklärt:

„Wir wollen erkennen und zugeben, daß unsere Einstellung zu den Ereignissen oft eine falsche war. Wir wollen erkennen und zugeben, daß wir oft glaubten, uns hinter eine Objektivität zurückziehen zu müssen, während auf den Straßen Deutschlands unter unsäglichen Opfern der Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes geführt wurde. Wir haben, auf unsere Stuben zurückgezogen, die Bedeutung und die Wichtigkeit dieses Kampfes meistens nicht erkannt. Wir wollen daraus von nun an erkennen, daß dieses Deutschland unter unser aller Mitwirkung und durch unseren aktiven Einsatz über alle Standesgegensätze hinweg gebaut und gezimmert werden muß. Heute marschiert das ganze Volk zum ersten Male, der Arbeiter neben dem Beamten, der höhere Beamte neben dem Angestellten, alle nur mit dem Willen, dem Führer und Deutschland zu dienen.“

Ich habe dann noch die Taten des Führers besonders hervorgehoben. Zum Schluß der Rede sind die Bilder enthüllt worden. Meiner Erinnerung nach ist dann das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied gesungen worden. Bei den von mir unterstrichenen Sätzen verließ Dr. Kreyßig den Saal.

Es ist unwahr, wenn Dr. Kreyßig und auch Dr. Sch. behaupten, daß sich hierdurch die gesamten Anwesenden brüskiert gefühlt hätten. Wer guten Willens war, der verstand Sinn und Bedeutung meiner Worte. Allerdings solche Menschen wie Dr. Kreyßig sind – und das beweisen ja auch die künftigen Ereignisse – viel zu sehr von ihrer eigenen Unübertrefflichkeit und von ihrem eigenen Ich überzeugt, als daß sie überhaupt für eine Gemeinschaftsidee gewonnen werden können. Der Ton, in dem er seine Vorwürfe gegen mich vorbringt, deckt sich ja vollkommen mit der Art und Weise seiner sonstigen Verteidigung. Es ist bezeichnend, daß es immer wieder dieselben Elemente sind, die in ihrem Handeln und Tun mit der Bewegung in Schwierigkeiten kommen. Es ist auch bezeichnend, daß sich Dr. Kreyßig über die Organisation der Feier beschwert. Es mag richtig sein, daß dabei Mängel zutage getreten sind. Wir hatten jedoch seinerzeit anderes zu tun, als uns lediglich um die Organisation zu kümmern. Bis in die späte Nacht waren damals unsere Parteigenossen unterwegs und räumten in Chemnitz die Kommunistentviertel aus. Außerdem wurde auch bereits die kurz nach dem 1. Mai 1933 durchgeführte Besetzung und Räumung der Gewerkschaftshäuser vorbereitet. An diejenigen, die immer etwas auszusetzen haben, hatten wir ja nicht die geringste Hilfe. Auf wenige Menschen war seinerzeit die Durchführung der Feier abgestellt. Es war auch die erste große Feier, die überhaupt innerhalb der Beamtenschaft abgehalten wurde. Noch wenige Wochen vor dem 30. Januar 1933 hatten wir schriftlich durch die Post sämtliche 650–700 Beamte der Chemnitzer Justiz zu einer nationalsozialistischen Beamtenversammlung eingeladen. Erschienen waren etwa 20–25, darunter auch noch Angestellte. So sah es seinerzeit in der Beamtenschaft aus! Es wirkt direkt lächerlich, wenn dann solche Menschen wie Dr. Kreyßig noch erwarten, daß man ihr Verhalten lobt und als richtig hinstellt. Bezeichnend ist es auch, daß ausgerechnet Dr. Kreyßig und Dr. Sch. bei der im März 1933 erfolgten Absetzung des Landgerichtspräsidenten Ziel, des Amtsgerichtspräsidenten Sch. und des Landgerichtsdirektors A., sämtlich Beamte, die unter dem berüchtigten sächsischen Justizminister Zeigner hochgekommen waren und völlig im demokratischen und sogar marxistischen Fahrwasser schwammen, sich schützend vor diese Beamten stellten. Dr. Sch. rief mich als den damali-

<sup>40</sup> „Politische Organisation“ = Korps der Politischen Leiter der NSDAP.

gen offenen Vertreter der N.S.D.A.P. nach der Absetzung zu sich und versuchte, mich zu bestimmen, gegen die Absetzung dieser richterlichen Beamten Stellung zu nehmen. Ich lehnte das rundweg ab, und seit der Zeit besteht auch eine offene Gegensätzlichkeit zwischen Dr. Sch. und mir. Dr. Kreyßig arbeitete eine Denkschrift aus und fuhr sogar nach Dresden in das sächsische Justizministerium – und das fand alles nach der Märzwahl 1933 statt! –, um dort gegen die getroffenen Maßnahmen der Bewegung Stellung zu nehmen. Natürlich ohne Erfolg, er ist meines Wissens gar nicht empfangen worden. Vorher hatte er in einer zusammengerufenen Richterversammlung offen gegen die Beseitigung der obigen Richter Stellung genommen . . .

Als unwahr muß ich auch die Erklärung hinstellen, daß sich der größte Teil der Beamten durch meine Worte brüskiert gefühlt habe. Im Gegenteil, sehr viele Beamte, darunter auch Richter, haben sich mir gegenüber bedankt und anerkennend ausgesprochen, so auch von M. Am 2. Mai 1933, also einen Tag später, habe ich auf der Einweisung von M.s gesprochen. Ich habe dort – und das soll nur eine Feststellung, nicht eine Hervorhebung sein – von allen Rednern den meisten Beifall gehabt. Dies wäre unmöglich gewesen, wenn sich tags zuvor die Beamtenschaft beleidigt gefühlt hätte. Nein! Es sind immer wieder dieselben Kräfte, die an allem etwas auszusetzen haben und sich durch alles betroffen fühlen. Mir ist Dr. Kreyßig zufällig persönlich bekannt. Er hat im Hause meines Schwiegervaters verkehrt. Mir ist nie aufgefallen, daß er irgendwelche kirchlichen Interessen hatte. Im Gegenteil, er galt als ein rein auf das eigene Ich abgestellter, schöngestiger Mensch. Mir ist auch nicht bekannt, daß er zur Blütezeit der Gottlosenbewegung und des Marxismus offen für die Kirche Stellung genommen hat. Erst nach der Machtübernahme glaubte er sich hierzu berufen und trat als Kirchendiener auf, indem er, wie er so schön sagt, nur seinem Gewissen folge und auch dann nicht zurückkömme, wenn er dem Staat, d. h. dem nationalsozialistischen Staat, Schwierigkeiten bereite.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß bereits seinerzeit erwogen wurde, Dr. Kreyßig in ein Konzentrationslager zu schaffen [!]. Ich habe diese Erwägungen abgebogen, weil ich nicht wollte, daß nach den Vorfällen im März 1933 erneut ein Chemnitzer Richter – noch dazu auf Grund eines mich betreffenden Vorfalls – abgesetzt und in Haft genommen würde.

Ich persönlich fühle mich an sich in dieser Angelegenheit uninteressiert und durch Urteile von Personen, die weder Verständnis für den nationalsozialistischen Kampf noch für die nationalsozialistischen Anschauungen als solche haben, nicht betroffen. Ich möchte aber den Anschein vermeiden, als ob der Umstand, daß meine Person mit in die Erörterungen hineingezogen worden ist, bei der Beurteilung eine Rolle gespielt habe.

Ich bitte daher, diese Sache einem anderen Referenten zu übertragen. Herr Ministerialrat Z. hat sich bereit erklärt, die Sache zu übernehmen.

Heil Hitler!  
[Unterschrift]

## Dokument 5

*Niederschrift über die Aussage Dr. Kreyßigs vor dem Sachbearbeiter des Kammergerichtspräsidenten am 10. August 1939*

Gegenwärtig:

Kammergerichtsrat Dr. W.,

Justizangestellte S.

als Schriftführerin.

Es erschien Amtsgerichtsrat Dr. Lothar Kreyßig vom Amtsgericht Brandenburg (Havel).

Er äußerte sich wie folgt:

I. Zu den Vorgängen am 23. April 1939 und am 30. April 1939 in der St. Gotthardt-Kirche in Brandenburg machte er dieselben Angaben wie in seiner Vernehmung vor der Geheimen Staatspolizei am 3. Mai 1939. Diese wurden ihm vorgelesen, worauf er erklärte: Meine Angaben sind richtig. Ich wiederhole sie und mache sie zum Inhalt meiner heutigen Aussage.

Es wurde ihm hierauf *vorgehalten*, ob ihm nicht bewußt geworden sei, daß diese Vorgänge einen Hausfriedensbruch und eine Störung des Gottesdienstes darstellten. Er erklärte:

Ich habe mich nach meiner Auffassung der mir zur Last gelegten Handlungen nicht schuldig gemacht, weil meinem Vorgehen die Widerrechtlichkeit fehlte. Nach richtigem Kirchenrecht hatte Pfarrer B. weder zu predigen noch in der Kirche zu amtieren. Hierzu war nach richtiger Auffassung der von der Kirchengemeinde ordnungsmäßig berufene Pfarrer R. allein zuständig. Die Gemeinde und ich als ihr Mitglied fühlten sich berechtigt, den von uns gewählten Weg zu beschreiten. Dieser Weg war hinsichtlich seiner Grenzen einer geistlichen Haltung entsprechend und vorbedacht.

Auf den weiteren *Vorhalt*, wie er diese Handlungen mit seinen Pflichten als Beamter vereinbaren wolle, erklärte er:

Ich bin der Meinung, daß ich aus meiner Pflicht als Christ gehandelt habe. Eine Kollision mit meinen Pflichten als Beamter ist denkbar. Gleichwohl habe ich es für meine übergeordnete Pflicht gehalten, gewissensmäßig zu handeln. Ich bin der Meinung, daß ich meinem deutschen Volk und den deutschen Menschen durch dieses tätige Bekennen zur christlichen Auffassung einen Dienst geleistet habe.

II. Zu seinen Erklärungen im Protokoll der Geheimen Staatspolizei vom 3. Mai 1939, er hätte heute ernsthafte Gewissensbedenken, der NSDAP. beizutreten, und zu seiner scharfen Stellungnahme gegen das Kirchenministerium und dessen Anordnungen in dem Schriftsatz vom 7. Mai 1939 wurde er befragt, wie er diese Äußerungen mit seiner Beamtenpflicht zu jederzeitigem rückhaltlosen Einsatz für den nationalsozialistischen Staat vereinbaren wolle.

Er erklärte hierauf:

Ich erkenne die Schwierigkeit, die sich aus meiner überzeugten christlichen Einstellung im Verhältnis zu meinen Beamtenpflichten ergibt, nicht. Ich meine jedoch, daß ich bis heute und auch in dieser Sache nichts getan und geäußert habe, was gegen meinen Beamteneid verstößt und mit den Bestimmungen des Parteiprogramms nicht vereinbar wäre.

In Stenogramm laut diktiert und genehmigt.

gez. Dr. W.

gez. S.

## Dokument 6

*Aktenvermerk des Ministerialrats S. im Reichsjustizministerium vom 2. Dezember 1940*

*Geheim!*<sup>41</sup>

Herr AGRat Kreyssig aus Brandenburg hat zu dem Thema Heil- und Pflegeanstalten mehrmals im RJM vorgesprochen. Er wurde zunächst von Herrn StSekt. Dr. Freisler und später auch von Herrn Minister empfangen.

AGRat Kreyssig teilte bei einer dieser Besprechungen mit, daß er den Vorständen verschiedener Heil- und Pflegeanstalten seines Bezirks die Weisung erteilt habe, vor einer Verlegung von Insassen, die seiner Obhut unterstehen, seine Zustimmung einzuholen. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat darauf AGRat Kreyssig aufgefordert, diese Anweisung zurückzunehmen mit dem Bemerken, daß es seiner richterlichen Zustimmung zur Verlegung der Insassen von Heil- und Pflegeanstalten nicht bedarf.

AGRat Kreyssig ist daraufhin über den Sachverhalt von Herrn Minister mündlich unterrichtet worden. In dieser Besprechung hat Herr Minister AGRat Kreyssig darauf hingewiesen, daß es in der Tat der Zustimmung des Vormundschaftsrichters zur Verlegung der Anstaltsinsassen nicht bedürfe. Kreyssig wurde anheimgegeben, nunmehr seine Anordnung aufzuheben und diese Aufhebung etwa so zu begründen, daß er sich nach Unterrichtung über den Sachverhalt davon überzeugt habe, daß die Zustimmung des Vormundschaftsrichters zur Verlegung seiner Pfleglinge nicht erforderlich sei, daß er aber darum bitte, die Anstaltsleiter anzuweisen, die Vormundschaftsgerichte von der erfolgten Verlegung der Pfleglinge zu unterrichten, da der Vormundschaftsrichter über den Aufenthalt seiner Pflegebefohlenen unterrichtet sein müsse.

Kreyssig teilte am Mittwoch, dem 27. 11. mit, daß er sich aus Gewissensgründen nicht in der Lage sehe, seine Anordnung an die Anstaltsleiter aufzuheben. Er sei der Auffassung, daß ohne seine Zustimmung keiner seiner Pflegebefohlenen in eine andere Anstalt verlegt werden dürfe. Er sehe sich daher veranlaßt, seine Zuruhesetzung nachzusuchen. Am 30. 11. teilte Kreyssig mit, daß er beabsichtige, sein Zuruhesetzungsgesuch wie folgt zu begründen:

„Die mir in der Unterredung vom 13. 11. von Herrn Minister eröffneten Tatsachen können mich nicht davon überzeugen, daß die an den Insassen von Heil- und Pflegeanstalten vollzogenen Maßnahmen rechtmäßig seien. Ich vermag daher meine Anweisung an die Leiter der Anstalten, ohne meine Zustimmung keine meiner vormundschaftsrichterlichen Obhut unterstehenden Insassen zum Abtransport auszuliefern, nicht zu widerrufen. Darum und im Hinblick auf den von mir geleisteten Eid bitte ich, mich unter Gewährung der gesetzlichen Bezüge in den Ruhestand zu versetzen.

Die Forderung des Oberpräsidenten, die genannte Anweisung zu widerrufen, ist seit dem ... (Datum war Herrn Kreyssig im Augenblick nicht bekannt) unbeantwortet. Ich bitte daher, mich alsbald zu beurlauben.“

AGRat Kreyssig bittet um Mitteilung, ob er diese Begründung für die Einreichung des Pensionierungsgesuchs wählen könne. Ich habe ihm einen weiteren Bescheid zugesagt.

Berlin, den 2. Dezember 1940

[Unterschrift]

<sup>41</sup> In der Personalakte Kreyssigs wurden die Vorgänge, die die Euthanasie betrafen, in einem geschlossenen Umschlag verwahrt, der die Aufschrift trug: „Nur auf Anordnung vom M.D.I. [Leiter der Personalabteilung] oder höherer Stellen zu öffnen.“

## Dokument 7

*Antrag des Reichsjustizministeriums an den Chef der Reichskanzlei vom 10. Mai 1941 auf Versetzung Dr. Kreyßigs in den Ruhestand<sup>42</sup>*

AGRat Dr. Kreyßig in Brandenburg (Havel) bietet nach meiner Überzeugung nicht mehr die Gewähr dafür, daß er jederzeit für den nat. soz. Staat eintreten wird. Im Einvernehmen mit dem RM. d. Innern bitte ich daher, auf Grund des § 71 DBG. eine Entscheidung des Führers über die Versetzung des Richters in den Ruhestand herbeizuführen.

Dr. Kr. ist am 30. 10. 1898 geboren. Seit 1922 ist er verheiratet. Aus der Ehe sind 4 Söhne hervorgegangen. Er hat vom 17. 1. 1917 bis zum Januar 1919 am Weltkrieg teilgenommen und war zuletzt Unteroffizier. Er ist Inhaber des EK. II und des Frontkämpferkreuzes. Während des jetzigen Krieges war er vom 27. 8. bis 22. 11. 1939 als Unteroffizier zu einer Kraftfahr-Ers. Abt. eingezogen.

Beide juristische Prüfungen hat Dr. Kr. mit der Note „gut“ bestanden. Am 1. 7. 1925 wurde er zum Ger. Ass. ernannt. Vom 1. 5. 1928 bis zum 31. 1. 1937 war er LGRat in Chemnitz, sodann war er bis zum 31. 7. 1937 zur Erlernung der Landwirtschaft auf eigenen Wunsch ohne Bezüge aus dem Justizdienst beurlaubt. Zum 1. 8. 1937 ist er als AGRat an das AG. Brandenburg (Havel) versetzt worden. Mit Wirkung vom 10. 12. 1940 habe ich ihn aus Anlaß der in diesem Bericht erörterten Vorgänge bis auf weiteres beurlaubt.

Die fachlichen Leistungen Dr. Kr.s haben stets erheblich über dem Durchschnitt gestanden.

Seit 1937 ist Dr. Kr. Eigentümer des Gutes „Bruderhof“ in Hohenferchesar, das er selbst mit 6 Hilfskräften bewirtschaftet. Es handelt sich dabei um ein Anwesen von fast 500 Morgen. Nach der Angabe des Richters hat sich die Bewirtschaftung des Gutes, von dem nur 150 Morgen unter dem Pfluge stehen, bisher nicht rentabel gestalten lassen.

Vor der Machtübernahme hat Dr. Kr. keiner politischen Partei und keinem politischen Verbands angehört. Von 1928 bis 1933 hat er sich eingehend mit sozialen Problemen, insbesondere der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigt und darüber mit Gregor Strasser im Briefwechsel gestanden. Nach der Machtübernahme ist er der NSV., dem NSRB., dem RDB., dem RLB. und dem VDA. beigetreten. Mitarbeit hat er in keinem dieser Verbände geleistet. Im Jahre 1934 hatte er Meinungsverschiedenheiten mit der Fachschaft über die Frage seiner Mitgliedschaft zum RDB. und seiner Verpflichtung zur Teilnahme an Fachschaftsversammlungen. Die Gauleitung Sachsen – Amt für Beamte – regte damals beim Sächsischen Justizminister seine Versetzung in den Ruhestand gemäß § 6 BBG. an. Dieser Anregung wurde nicht entsprochen.

Seit Oktober 1934 gehört Dr. Kr. der „Bekennenden Kirche“ an, in der er sich seit seinem Beitritt sehr aktiv betätigt hat. In Sachsen war er Präses der Bekenntnissynode. In dieser Eigenschaft ist er vielfach als Redner aufgetreten. Wegen seiner Ausführungen in einer Rede, die er am 13. 2. 1935 in Neukirchen gehalten hat und in der er Kritik an dem Verhalten des Staates gegenüber den Anhängern der Bekenntnisgemeinschaft übte, äußerte der

<sup>42</sup> Es handelt sich um den z. T. handschriftlich korrigierten, von Schlegelberger am 9. 4. 41 paraphierten Entwurf, der zunächst dem Reichsinnenministerium zugeht und von dort mit Zustimmungsvermerk vom 3. 5. 41 (gez. Pfundtner) zurückkam. Der handschriftlich korrigierte Textteil wird im folgenden kursiv wiedergegeben. Laut Abfertigungsstempel ging die mit dem Datum 10. 5. 41 versehene Reinschrift am 12. 5. 41 an den Chef der Reichskanzlei ab.



Reichsstatthalter in Sachsen im März 1935 erneut den Wunsch, Dr. Kr. auf Grund des § 6 BBG. in den Ruhestand zu versetzen. Nach eingehender Prüfung, die eine eindeutige Feststellung über den Wortlaut der beanstandeten Äußerungen nicht ergab, wurde von dieser Maßnahme abgesehen, insbesondere auch deshalb, um die damals in Sachsen fortschreitende Befriedung in den kirchlichen Angelegenheiten nicht zu stören.

Nach seiner Versetzung an das AG. Brandenburg (Havel) ist Dr. Kr. Mitglied der Synode der altpreußischen Union und des Provinzial-Bruderrates der Bekenntniskirche in Berlin sowie des Kreisbruderrates in Brandenburg geworden.

Am 12. 6. 1938 hat Dr. Kr. an der Beschlußfassung der preußischen Bekenntnissynode über eine Kanzelabkündigung mitgewirkt, in der die staatlichen Maßnahmen gegenüber dem Pfarrer Martin Niemöller und anderen Pfarrern in einer den Frieden gefährdenden, zum Teil gehässigen Weise *erörtert* wurden. Aus diesem Anlaß war gegen ihn in den Akten 4 P Js. 23/39 der StA. Berlin ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen § 130 a StGB. und gegen § 2 des Heimtückegesetzes anhängig, das am 24. 9. 1940 auf Grund des Gnadenerlasses des Führers und Reichskanzlers für die Wehrmacht vom 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1549) eingestellt worden ist.

Am 23. und 30. 4. 1939 hat Dr. Kr. an der Spitze eines Zuges von Anhängern der Bekenntnenden Kirche es unternommen, in der St. Gotthardtkirche in Brandenburg den rechtsmäßig eingesetzten Pfarrer an der Abhaltung des Gottesdienstes zu behindern. Am 23. 4. 1939 gelang das Unternehmen und der Gottesdienst wurde von einem suspendierten, der Bekenntniskirche angehörenden Pfarrer durchgeführt. Am 30. 4. 1939 dagegen scheiterte der Versuch infolge des Eingreifens eines Polizeibeamten. Auch diese Vorfälle waren Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens in den Akten 3 J 553/39 der StA. Potsdam. Dieses Verfahren wurde gleichfalls auf Grund des Gnadenerlasses für die Wehrmacht durch Verfügung vom 8. 7. 1940 eingestellt.

Wegen dieser Vorgänge sowie wegen seiner in diesen Verfahren vor der Staatspolizeistelle Potsdam abgegebenen Erklärungen, in denen er Maßnahmen des nat. soz. Staates, insbesondere des Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten, und der vom Staat anerkannten Kirchenleitung als der Kirche wesenswidrig und als Unrecht bezeichnete, habe ich durch Verfügung vom 16. 12. 1939 das förmliche Dienststrafverfahren gegen Dr. Kr. eingeleitet. In diesem Verfahren liegt mir der Schlußbericht des Untersuchungsführers vor. Die gegen Kr. erhobenen Vorwürfe sind in dem Untersuchungsverfahren bestätigt worden. Gleichwohl trage ich Bedenken, dem Dienststrafverfahren Fortgang zu geben; da die Handlungen Dr. Kr.s nicht einer *niedrigen* Gesinnung, sondern seiner religiösen Überzeugung entsprungen sind, glaube ich nicht, daß das Verfahren zur Verhängung der Höchststrafe führen wird. Infolgedessen dürfte der Gnadenerlaß des Führers für Beamte vom 21. 10. 1939 (RGBl. I S. 2103) eingreifen.

Auf Grund der Erklärungen, die Dr. Kr. in den verschiedenen Verfahren abgegeben hat, habe ich jedoch die Überzeugung gewonnen, daß er nicht mehr die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für den nat. soz. Staat eintreten wird. Zu dieser Annahme bestimmen mich insbesondere die folgenden Äußerungen:

1. am 19. 8. 1939 gegenüber dem Sachbearbeiter des KGPräsidenten: „Ich bin der Meinung, daß ich aus meiner Pflicht als Christ gehandelt habe. Eine Kollision mit meinen Pflichten als Beamter ist denkbar. Gleichwohl habe ich es für meine übergeordnete Pflicht gehalten, gewissensmäßig zu handeln.“
2. am 17. 8. 1940 gegenüber dem Untersuchungsführer: „Gleich steht dem aber oder richtiger gesagt, ich bewerte es höher, die Würde, die ich als Christ habe, wenn ich in Erfül-

lung mir obliegender kirchlicher Aufgaben vor die Gemeinde hintreten muß, um meinen kirchlichen Dienst zu erfüllen. Auch hierbei handelt es sich um eine innere Würde, die aus der hohen Verantwortung kommt. Ich empfinde sie noch höher als die richterliche Verantwortung.“

3. am 3. 5. 1939 gegenüber der Staatspolizeistelle Potsdam: „Überdies hätte ich in der Gegenwart im Vergleich zum Jahre 1933 ernsthafte Gewissensbedenken, der Partei beizutreten. Ich habe seit 1933 in meinem Beruf als Richter und in Erfüllung meiner kirchlichen Aufgabe Erfahrungen machen müssen, die mich zu dem Schlusse nötigen, daß in der Partei zwar nicht nach dem Parteiprogramm notwendig, aber tatsächlich wirksam Kräfte vorhanden und maßgebend sind, die dem Christentum feindlich gesinnt sind. Insofern würde heute mein Eintritt in die Partei ein die Wahrhaftigkeit verdunkelndes Zeugnis gegen meine christliche Überzeugung sein.“

4. am 19. 3. 1940 gegenüber dem Untersuchungsführer: „Ich meinte aber, mein Christentum vor aller Welt nicht ernst zu nehmen, wenn ich mich mit dem Eintritt in die Partei bereit erklären wollte, mich von Alfred Rosenberg weltanschaulich ausrichten und in dieser Richtung aufs stärkste verpflichtet zu lassen, mich aber damit für gerechtfertigt erklärte, daß das, was der Reichsminister Rosenberg als sein Bekenntnis geschrieben und immer verteidigt habe, für seine hieraus abgeleitete Hauptaufgabe nicht gelte.“

5. am 7. 5. 1939 gegenüber der Staatspolizeistelle Potsdam: „In der Kirche allein könnte sich ein solches System nicht eine Woche lang halten. Es stützt sich allein auf Verordnungen und Anordnungen staatlicher Stellen, insbesondere des Kirchenministeriums. Das System einer solchen Ordnung ist, biblisch gesprochen, nichts anderes als die babylonische Gefangenschaft der Kirche. Rechtlich gesehen ist die Summe dieser Verordnungen, Anordnungen und Einrichtungen wesenswidrig, ein Unrecht, welches sich des Rechtsscheines formaler Geordnetheit bedient.“

6. am 19. 3. 1940 gegenüber dem Untersuchungsführer: „Ich bin durch Erfahrung und Nachdenken zu der Überzeugung gekommen, daß alles, was ich seit 1933 an Rechtsnot erlebt habe, auf dieses Selbstverständnis des Staates als eines totalen zurückzuführen ist. Der besondere rechtsphilosophische Ausdruck der gleichen Sache ist die seit 1933 immer wieder in offiziellen und wissenschaftlichen Meinungsäußerungen – soweit ich sehe völlig unwidersprochen – aufgestellte Behauptung, Recht sei, was dem Volke nützt. Ich müßte dem mit Entschiedenheit widersprechen.“

7. am 19. 3. 1940 gegenüber dem Untersuchungsführer: „Es gehört insofern zur Sache, als ich meine, den trotz äußerer Blüteerscheinungen fortdauernden Zustand inneren Siechtums des Rechtes rechtsphilosophisch wie theologisch auf denselben Sachverhalt zurückführen zu müssen.“

8. am 19. 3. 1940 gegenüber dem Untersuchungsführer: „Ich habe wegen der Rechtsnot ungesühnt gebliebenes Unrecht in solchem Maße ansehen müssen, daß meine Meinung, es gebe eine in der sittlichen Befähigung des Menschen liegende Gewähr für Recht, nie wieder aufleben kann.“

Dr. Kr. bringt in diesen Sätzen zum Ausdruck, daß im Falle eines Konfliktes seiner Beamtenpflicht mit seiner Pflicht als Christ, wie er sie als Anhänger der „Bekennenden Kirche“ auffaßt, diese letztere unbedingt den Vorrang verdiene. Im Hinblick auf die weltanschauliche Ausrichtung der Partei hält er für seine Person die Parteimitgliedschaft für unvereinbar mit seiner christlichen Überzeugung. Dem Staat, dem nach seiner Ansicht kein Totalitätsanspruch zukommt, spricht er das Recht ab, auf die äußere Ordnung der Kirche einzuwirken. Aus dieser Grundeinstellung heraus äußert er Zweifel an der Rechtssicherheit im

nat. soz. Staat und erhebt Bedenken, ob überhaupt noch von einem Rechtsstaat gesprochen werden könne.

In seiner Schlußvernehmung durch den Untersuchungsführer am 16. Januar 1941 hat Dr. Kr. sich dahin geäußert, daß er von seinen in den 8 Punkten enthaltenen Erklärungen nichts widerrufen könne und wolle. Er bekennt sich also nach wie vor zu den darin vertretenen Auffassungen, die nach meiner Ansicht mit der Stellung eines Richters im nat. soz. Staat nicht vereinbar sind. Abschließend hat Dr. Kr. in dem gemäß der 1. DurchfVO. zu § 71 DBG.<sup>43</sup> durchgeführten Untersuchungsverfahren folgendes erklärt: „Ob ich nach alledem in meiner richterlichen Berufsausübung nicht mehr die Gewähr gebe, daß ich jederzeit für den nat. soz. Staat eintreten werde, will ich nicht beurteilen. Sollte das in diesem Verfahren aber festgestellt werden, so bliebe meine Treuepflicht als Staatsbürger davon unberührt. Ein dem Führer gehorsamer Deutscher zu sein und zu bleiben, werde ich mich nach Gottes Gebot und mit seiner Hilfe gewissenhaft bemühen.“

Nach dem Ergebnis des Untersuchungsverfahrens steht fest, daß Dr. Kr. nicht bereit ist, sich bei der Wahrung der Interessen der von ihm vertretenen Glaubensrichtung die Zurückhaltung aufzuerlegen, die seine Pflichten als Beamter erfordern; und zwar beruht diese Einstellung auf einer Grundhaltung, die der nat. soz. Staatsauffassung entgegengesetzt ist. Hiernach halte ich die Versetzung des AGRats Dr. Kreyßig in den Ruhestand auf Grund des § 71 DBG. für geboten.

Falls meinem Antrage entsprochen wird, beabsichtige ich, das Dienststrafverfahren einzustellen; denn das Verhalten Dr. Kreyßigs ist, soweit es nach dem Gnadenerlaß vom 21. 10. 1939<sup>44</sup> liegt, weniger in dienststrafrechtlich greifbaren Handlungen in Erscheinung getreten als vielmehr Ausdruck einer weltanschaulichen Einstellung, die einen Schluß auf seine politische Unzuverlässigkeit rechtfertigt. Gerade für Fälle dieser Art ist die Maßnahme des § 71 DBG. geschaffen.

M. d. F. d. G. b.<sup>45</sup>

[Paraphie Schlegelberger] 9.4.

<sup>43</sup> Gemäß Verordnung zur Durchführung des Deutschen Beamtengesetzes v. 29. 6. 37 (RGBl. I, S. 669) waren der obersten Dienstbehörde die Ermittlungen zusammen mit einer Äußerung des betreffenden Beamten dazu vorzulegen.

<sup>44</sup> Es handelt sich um den Gnadenerlaß des Führers für Beamte v. 21. 10. 39 (RGBl. I, S. 2103), der Straffreiheit in Dienststrafsachen gewährte.

<sup>45</sup> Staatssekretär Schlegelberger war „mit der Führung der Geschäfte beauftragt“, da nach Gürtners Tod am 29. 1. 41 zunächst kein neuer Reichsjustizminister ernannt worden war.

## MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wolfgang Benz, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstraße 46b), veröffentlichte u.a. „Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1923“ (Berlin 1970), „Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser v. Filseck“ (Stuttgart 1971), „Einheit der Nation. Diskussion und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945“ (Stuttgart 1978, zus. mit G. Plum u. W. Röder), „Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen. Zur Geschichte des Grundgesetzes“ (München 1979), „Rechtsradikalismus. Randerscheinung oder Renaissance?“ (Frankfurt 1980), „Versuche zur Reform des öffentlichen Dienstes in Deutschland 1945–1952. Deutsche Opposition gegen alliierte Initiativen“ (VfZ 29, 1981, S. 216–245), „Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939“ (VfZ 29, 1981, S. 437–471) und (als Hrsg. zus. mit H. Graml) „Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen von Curt Geyer“ (Stuttgart 1976), „Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze. Hans Rothfels zum Gedächtnis“ (Stuttgart 1976), „Sommer 1939. Die Großmächte und der europäische Krieg“ (Stuttgart 1979), „Weltprobleme zwischen den Machtblöcken“ (Frankfurt 1981, Fischer Weltgeschichte, Bd. 36), „Europa nach dem Zweiten Weltkrieg“ (Frankfurt 1983, Fischer Weltgeschichte, Bd. 35), ferner Hrsg. von „Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden. Politik, Gesellschaft, Kultur“ (Frankfurt 1983); gegenwärtig mit Arbeiten zur deutschen Geschichte nach 1945 beschäftigt.

Dr. Lothar Gruchmann, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstraße 46b), veröffentlichte u.a. „Das Korea-Problem. Seine Bedeutung für das geteilte Deutschland“ (Berlin 1960), „Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer ‚deutschen Monroe-Doktrin‘“ (Stuttgart 1962), „Nationalsozialistisches Herrschaftssystem und demokratischer Rechtsstaat“ (Leer 1962), „Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik“ (2 Bde., München 1967), „Völkerrecht und Moral. Ein Beitrag zur Problematik

der amerikanischen Neutralitätspolitik 1939–1941“ (VfZ 8, 1960, S. 384–418), „Die ‚verpaßten strategischen Chancen‘ der Achsenmächte im Mittelmeerraum 1940/41“ (VfZ 18, 1970, S. 456–475), „Die Reichsregierung im Führerstaat. Stellung und Funktion des Kabinetts im nationalsozialistischen Herrschaftssystem“ (in: Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel, Hamburg 1973), „Schweden im Zweiten Weltkrieg“ (VfZ 25, 1977, S. 591–657), „Ausgewählte Dokumente zur deutschen Marinejustiz im Zweiten Weltkrieg“ (VfZ 26, 1978, S. 433–498), „Die bayerische Justiz im politischen Machtkampf 1933/34. Ihr Scheitern bei der Strafverfolgung von Mordfällen in Dachau“ (in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 2, hrsg. von M. Broszat u. E. Fröhlich, München 1979), „Jugendopposition und Justiz im Dritten Reich. Die Probleme bei der Verfolgung der ‚Leipziger Meuten‘ durch die Gerichte“ (in: Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick, Stuttgart 1980), „Georg Elser. Der Attentäter aus dem Volke. Der Anschlag auf Hitler im Bürgerbräu 1939“ (Frankfurt 1980, zusammen mit Anton Hoch), „Nacht- und Nebel“-Justiz. Die Mitwirkung deutscher Strafgerichte an der Bekämpfung des Widerstandes in den besetzten europäischen Ländern 1942–1944“ (VfZ 29, 1981, S. 342–396), „Blutschutzgesetz“ und Justiz. Zu Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935“ (VfZ 31, 1983, S. 418–442); gegenwärtig mit einer Geschichte des Reichsjustizministeriums im Dritten Reich beschäftigt.

Dr. Rudolf Heydloff, wirkte an der University of Waterloo, Canada, ehe er am 3. Dezember 1982, nach einem Schlaganfall, plötzlich verschied, noch am Beginn einer wissenschaftlichen Laufbahn, an die alle seine Freunde und Kollegen hohe Erwartungen knüpften.

Dr. Peter Hoffmann, Professor für Geschichte an der McGill University (855 Sherbrooke Street West, Montreal, PQ, Canada H3A 2T7), veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen zu zeitgeschichtlichen Fragen vor allem das Standardwerk „Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler“ (München 1969, 3., überarb. und erw. Ausgabe München 1979).

Dr. Gerhard Schulz, Professor für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte und Direktor des Seminars für Zeitgeschichte an der Universität Tübingen (Wilhelmstr. 36, 7400 Tübingen), veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen „Parteien in der Bundesrepublik“ (Mitverfasser, Stuttgart 1955), „Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates“ (in: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Teil II, Köln 1960), „Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform“ (Berlin 1963), „Revolutionen und

Friedensschlüsse 1917–1920“ (München 1967), „Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zur politischen Sozialgeschichte der Neuzeit“ (München 1969), „Faschismus – Nationalsozialismus. Versionen und theoretische Kontroversen“ (Frankfurt/Berlin/Wien 1974), „Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland“ (Frankfurt/Berlin/Wien 1975), „Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918–1945“ (Göttingen 1976); 1982 erschien (Hrsg. und Mitverf.) „Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg“.